Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Kreßin, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 41.

Nr. 31. — Halle, Mittwoch den 6. Februar 1918. — 2. Jahrgang.

Die Bolschewiki in der Ukraine unterlegen.

Oberbefehlshaber Krylenko verhaftet.

Berlin, 5. Februar. Ein Funkspruch aus Kiew vom 2. Februar meldet, daß Mohilew, der Standort der russischen Obersten Heeresleitung, durch die Polen besetzt und Oberbefehlshaber Krylenko mit seinem ganzen Stabe verhaftet wurde. Nach dem gleichen Funkspruch wurde der Aufstand der Bolschewiki in Kiew von den Ukrainern unterdrückt. Alle ukrainischen Truppen stellten sich auf die Seite der Kiewer Zentralrada; die Truppenteile der Bolschewiki ziehen schleunigst aus der Ukraine nach Rußland ab. Bei Kiew sol eine halbe Million ukrainischer Truppen unter Führung von Offizieren versammelt, auch die Zivilbevölkerung soll bewaffnet sein.

Charkow von den Ukrainern besetzt.

Berlin, 5. Februar. Nach der B. Z. haben die Truppen der Rada Charkow besetzt. Staatssekretär Holubowcz hat ein neues Ministerium gebildet, das im Gegensatz zu der bisherigen Neigung der Ukrainer sich mit den Maximalisten zu verständigen, kein einziges bolschewistisches Mitglied enthält.

Die Berliner Besprechungen.

Berlin, 5. Februar. Da die Besprechungen in Berlin heute zu Ende gehen dürften, werden Herr v. Kühlmann und Graf Czernin wahrscheinlich noch heute Abend nach Brest-Litowsk zurückreisen, um vor allem die schon fast abgeschlossenen Verhandlungen mit der Ukraine zu einem definitiven Friedensschluß zu führen.

Die Brest-Litowsker Verhandlungen.

Berlin, 5. Februar. Die Verhandlungen in Brest-Litowsk werden am 7. Februar vormittags wieder aufgenommen. Die durch die Abwesenheit Kühlmanns und Czernins hervorgerufene Pause ist zu Verhandlungen zwischen den Vertretern der einzelnen Delegationen und zur Weiterberatung in den Unterkommissionen verwendet worden.

Die Komiker der Weltgeschichte.

Die Leipziger Volkszeitung schlägt unentwegt alle Rekorde unfreiwilliger Komik. In dem Augenblick, in dem die Ukrainer Kiew und Charkow den Bolschewisten entrissen haben, in dem die Polen den russischen Oberbefehlshaber Krylenko verhaften und sein Hauptquartier Mohilew besetzen, ausgerechnet in diesem Augenblick doziert das weise Zentralorgan der Unabhängigen:

„Einen materiellen Erfolg werden die Zentralmächte damit (durch den Friedensschluß mit der Zentralrada) nicht erzielen. Die tatsächliche Macht in der Ukraine scheint in den Händen der Sowjettruppen zu liegen. Die Durchführung der Bedingungen des Friedensvertrages wird daher auf einem ganz anderen Blatte stehen als der formale Vertrag mit einer Regierung, deren Dasein und deren Macht nur fiktiv sind."

Fiktiv, d. h. erlogen, ist für die Leipziger Volkszeitung nämlich alles, was ihr der Quere geht.

Schweden und die Aalandsinseln.

Stockholm, 5. Februar. Wie verlautet, stehen in den nächsten Tagen in ganz Schweden große Kundgebungen für die sofortige Hißung der schwedischen Flagge auf den Aalandsinseln bevor. Ein Bewohner brachte das urkundliche Ergebnis der Volksabstimmung mit. Danach wünschen 99 Prozent der Bevölkerung die Rückkehr zu Schweden.

Die Abordnung der Aalandsbewohner wurde am Sonnabend im Schlosse des Königs empfangen. Nach Entgegennahme einer Adresse, die den Wunsch ausdrückt, daß die ehemalige Grafschaft Aaland wieder mit Schweden vereinigt werden möge, sprach der König die Hoffnung aus auf Ueberwindung der noch bestehenden Schwierigkeiten im Einverständnis mit einem freien und selbständigen Finnland.

Nach dem Streikende — die Schuldfrage.

Die Streikbewegung ist zu Ende, die Arbeit auch in Berlin bedingungslos wieder aufgenommen worden. Auch für einen Demonstrationsstreik ist das kein wünschenswertes Resultat. Immerhin müßte man sich damit abfinden, wenn nach den Verhältnissen ein anderes nicht zu erreichen gewesen wäre. Tatsächlich war aber die Möglichkeit zu Verhandlungen mit der Regierung gegeben, und neben der Zopfigkeit des Herrn Wallraf ist der Starrsinn der Unabhängigen schuld daran, daß dieser politische Streik ein so unbefriedigendes Ende gefunden hat.

Diese Erkenntnis ergibt sich aus einer Zuschrift der Generalkommission der Gewerkschaften an das Berliner Tageblatt, die ein ganz neues Licht auf die Verhandlungsfrage wirft. Die Regierung hatte bekanntlich gefordert, daß zu den Verhandlungen offizielle Vertreter der Gewerkschaften hinzugezogen würden. Da in der Streikleitung örtliche Vertrauensleute der Gewerkschaften saßen, sollten dann diese als Gewerkschaftsvertreter mit eingeführt werden können. Die Generalkommission hatte bekanntlich die Erklärung abgegeben, daß sie dem Streik als einem rein politischen Unternehmen unbeteiligt gegenüberstände. Als sich aber die Möglichkeit von Verhandlungen eröffnete, bekundete sie sofort ihre Bereitwilligkeit dazu, und die Verhandlungen hätten in Gang kommen können, wenn nicht — — die Unabhängigen abgelehnt hätten, zusammen mit einer Vertretung der Generalkommission zu verhandeln. Sie verzichteten lieber auf die Verhandlung, als daß sie die Gewerkschaftsführer zu ihnen hinzuzogen.

Das entspricht ganz der planmäßigen Hetze der Unabhängigen gegen die Gewerkschaftsführer. In einem Flugblatt, das während des Streiks verbreitet wurde, heißt es ausdrücklich:

Sorgt dafür, daß die Gewerkschaftsführer, die Regierungssozialisten und alle „Durchhalter" unter keinen Umständen in die Vertretung gewählt werden. Hinaus mit den Burschen aus den Arbeiterversammlungen! Diese Handlanger und freiwilligen Agenten der Regierung, diese Todfeinde des Massenstreiks haben unter den kämpfenden Arbeitern nichts zu suchen.

So war auch während dieses großen politischen Kampfes den Unabhängigen ihr Parteiiüppchen wichtiger als das Interesse der Arbeiterklasse. Die unabhängigen Blätter taten während des Streiks — die Hauptorte der Unabhängigen streikten ja nicht mit — nichts anderes, als daß sie auf Scheidemann-Ebert und Legien-Bauer aus vollem Halse schimpften. Auf diese Weise haben sie den Scharfmachern in die Hände gearbeitet, die Verhandlungen mit der Regierung bereitelt und den Abschluß des Streiks durch die bloße Militärgewalt herbeigeführt.

Diese Schuld der Unabhängigen wird politisch zu richten sein. Tief bedauerlich wäre es, wenn die Militärgerichtsbarkeit mit ihrem Strafverfahren juristische Schuldfragen aufwerfen und dadurch die allein wichtigen politischen Verantwortlichkeiten verdunkeln würde.

Der Kampf um die Rohstoffe.

Der englische Minister Carson hat bei einem Frühstück der British Producers Organisation am 31. Januar eine neue Kriegsrede gehalten, in der er nach Daily Mail mit ausführte:

Die Zeiten sind nicht nur ernst, sondern kritisch, aber ebenso für unsere Feinde. Die große Frage ist jetzt, wer von beiden aushält. Die Deutschen vertrauen nicht so sehr auf ihre militärische Ueberlegenheit, als auf die Tatsache, daß sie eine wohldisziplinierte Nation sind. Es würde ein verhängnisvoller Tag für die Freiheit und die Zivilisation der Welt sein, an dem sich herausstellte, daß die Demokratie bei der großen Probe nicht auf der Höhe ist. Lassen Sie uns die Nation nicht in zwei Lager teilen, als ob sie aus Leuten, die den Krieg, und solchen, die den Frieden wollen, bestände. Wir alle wollen den Frieden. Aber wir haben zu bedenken, daß ein großer Unterschied zwischen einem wirklichen Frieden und einem Flickwerkfrieden ist. Ich gehöre zu denen, die meinen, daß keine Gelegenheit ungenützt vorübergelassen werden dürfte,

die den Krieg zu einem erfolgreichen und ehrenvollen Ende bringen kann.

Aber in den Reden, die wir unlängst von Deutschland und Oesterreich hörten, sehe ich keine Annäherung seitens unserer Feinde an einen ehrenhaften, bleibenden Frieden. Solange unsere Feinde beanspruchen, was im Grunde die Auflösung des britischen Reiches bedeutet, solange sie von solchen Dingen träumen,

wird dieses Land bis zum letzten Pazifisten nichts damit zu tun haben wollen.

Carson sprach alsdann von den Aufgaben nach dem Kriege, die er als kolossal bezeichnete. Die ganze Welt werde um die Rohstoffe kämpfen, und die Frage werde sein, ob England nebst seinen Alliierten oder die Feinde sie erhalten würden; aber das müßten, gleichgültig was geschehe, England und seine Bundesgenossen sein. Sie kontrollierten praktisch die Märkte für Wolle und Baumwolle. Der Präsident der deutschen Textilindustrie habe zugegeben, daß, wenn die Alliierten die Kontrolle über die Baumwolle in die Hand nähmen,

die deutsche Textilindustrie zugrunde gehen werde.

Ja, warum denn nicht? Das möge unchristlich klingen, aber das sei nicht zu ändern. (Gelächter und Beifall.)

Dasselbe gelte für die Mineralien. Man habe die Gesetzvorlage betreffend den Metallhandel kritisiert, da sie den Handel beeinträchtige. Wessen Handel? Den Deutschlands? Ja, solle denn England zugeben, daß dieser Handel wieder in deutsche Hände käme, damit die Deutschen Kanonen und Bomben gegen England anfertigten? Habe man solche Narrerei gehört? Die Engländer würden Narren oder Verbrecher sein, wenn sie nicht rücksichtslos das Volk darüber aufklä-

Zurück zum Sozialistengesetz!

Von Wilhelm Blos.

Jawohl — zurück zum Sozialistengesetz! Das ist der eigentliche Inhalt des ganzen Rummels, der unter dem Namen der „Vaterlandspartei" gegenwärtig vor sich geht. Die politischen Brandstifter, die jetzt überall zum Vorschein kommen, versuchen zwar die Komödie fortzusetzen, hinter der sie anfangs ihr Treiben verbargen und mit dem sie das gute deutsche Volk über den eigentlichen Charakter und Zweck des ganzen Spektakels täuschen wollten. Sie reden immer noch davon, daß er mit innerpolitischen Angelegenheiten nichts zu tun hätte. Aber diese demagogischen Künste halten nicht mehr vor und es wird offenbar, daß es sich weit weniger um die Zukunft von Flandern, Litauen, Kurland und Polen handelt, als um einen Feldzug gegen die Sozialdemokratie. Die bisherigen Mißerfolge der Vaterlandspartei, in der sich alle reaktionären Elemente Deutschlands „gesammelt" haben, und die Aussichtslosigkeit dieser neuen „Sammelpolitik" haben die Heißsporne der Reaktion in eine solche Wut versetzt, daß sie schier platzen möchten. Deutschland hallt voler blutigen und brutalen Drohungen. In Stuttgart brüllt in einer Versammlung der Vaterlandspartei ein Ueberpatriot, man müsse die Reichstagsmehrheit aufhängen, und die Versammlung zollt ihm begeisterten Beifall; die ostelbischen Junker Wangenheim und Oldenburg-Januschau reden öffentlich vom Erschießen der Elemente, die ihnen nicht gefallen, und die Kreuzzeitung fordert in demselben Stil, wie sie 1849 das Blut Kinkels gefordert hat, das Blut von Ebert und Scheidemann. Wahrhaftig, so schlimm war es vor dierzig Jahren nicht, als man dem deutschen Volke vorgetäuscht hatte, die Sozialdemokratie habe die „moralische Verantwortlichkeit" für die beiden Attentate auf den alten Kaiser Wilhelm I. zu tragen. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schrieb damals: „Was das Eisen nicht heilt, heilt das Feuer!" Aber damit war auch der Höhepunkt des Rummels von damals erreicht. Zu Drohungen mit Erschießen und Aufhängen hat man sich damals kaum verstiegen.

Aber um was handelt es sich denn? Allerdings um die „heiligsten Güter" der Kraut- und Schlotjunker, um die Ausbeutungs- und Unterdrückungsfreiheit. Das Dreiklassenwahlgesetz soll abgeschafft werden und es wird abgeschafft werden trotz aller Verschleppungsversuche; der § 153 der Gewerbeordnung soll fallen und er wird fallen. Diese Aussichten steigern die Wut der Reaktionäre zur Sinnlosigkeit. Zwar ist die Notwendigkeit der in Rede stehenden Reformen von oben herab zugestanden und dort ihre Durchführung in die Hand genommen worden. Aber wer da glaubt, das könnte das Reformwerk bei Schlot- und Krautjunker sanktionieren, der befindet sich in einem schweren Irrtum. In blinder Wut schlagen sie auf die Sozialdemokratie, weil diese das Reformwerk angeregt und gefördert hat; wen sie noch sonst damit treffen wollen, darüber wird kaum jemand im Zweifel sein. Die Sozialdemokratie, die im Kriege ihre volle Pflicht getan und heute noch am Standpunkt des 4. August 1914 festhält, wird des Vaterlandsverrats schuldig erklärt. Erschießen, erhängen, Sozialistengesetz! In diesen drei Worten konzentriert sich die ganze politische Weisheit der „Vaterlandspartei".

Wären die Zeiten nicht so ernst, so würden wir uns darauf beschränken, über die Rodomontaden der Kraut- und Schlotjunker herzlich zu lachen. Denn nur darum wird das große Maul so vollgenommen, weil sie wissen, daß sie nichts ausrichten können — im ganzen genommen! Es ist die Wut der Ohnmacht. Sie wissen, daß sie die ungeheure Mehrheit des Volkes gegen sich haben, daher die Beschimpfung eben des Volkes: „Vox populi, vox Rindvieh!" Sie wissen auch, daß sie vergeblich nach einer Rückkehr zum Sozialistengesetz trachten. Denn nach den Erfahrungen, die man mit dem Sozialistengesetz gemacht hat, wird es niemals mehr eine Regierung in Deutschland geben, die so dumm wäre, diese Erfahrungen nochmals machen zu wollen. Bismarck, der eben durch diese Erfahrungen erst belehrt werden mußte, würde sicherlich heute nicht mehr mit dem Sozialistengesetz operieren. Abgesehen davon, daß die Sozialdemokratie 1878 im Vergleich zu heute ein kleines Häuflein bildete, das man leichter zum „Objekt" der Gesetzgebung machen konnte.

Aber so sehr uns das Toben der ohnmächtigen Wut zum Lachen reizt, so hat die Sache doch auch ihre ernste Seite. Wir wissen wohl, daß mit Intrigen, mit Verschleppung der Reformen und mit allerlei „Zwischenfällen" zu rechnen ist. Das Gespenst der Komarilla in schwarzem Frack und weißem Spitzenunterrock schleicht immer noch über die Hintertreppen der Paläste. Aber das ist nicht die Hauptsache. Weit ernster wird uns zu Mute, wenn wir uns in die Empfindungen versetzen, welche das Treiben der Reaktionäre in der Seele der draußen vor dem Feinde stehenden Krieger erregen mag.

Da liegen sie in den Schützengräben und harren der endgültigen Entscheidung und des glühend herbeigesehnten Friedens. Freudig, in erhabenster Pflichterfüllung, haben sie ihr Leben in die Schanze geschlagen und tun es noch in der Erwartung, daß das Vaterland bei der Heimkehr sie dann angemessen empfangen wird. Feierlich und offiziell ist ihnen angekündigt worden, daß nach den Leistungen unseres Volkes im Kriege sich die bisherige Ungleichheit der politischen Rechte nicht mehr aufrecht erhalten lasse.

Und was vernehmen sie nun?

Aus den Gruppen der „gesammelten" Reaktionäre erschallt das Geschrei nach Erschießen und Aufhängen; das Blut

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180206-13/fragment/page=0001

von Volksgenossen, die am eifrigsten für die neu zu gestaltenden Volksrechte eintreten, wird ohne Scheu öffentlich gefordert. Ihre Angehörigen, Väter, Mütter, Gattinnen, Kinder, Brüder und Schwestern sind von einer tobenden Reaktion bedroht. Und was wartet auf die Krieger selbst? Statt mit dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht sollen nach den Wünschen der Reaktionäre die heimkehrenden Krieger mit einem neuen Sozialistengesetz empfangen werden. Es handelt sich dabei nicht nur um unsere Gesinnungsgenossen — alle Angehörigen der Arbeiterklasse, einige wenige „gelbe" Elemente ausgenommen, würden eine solche „Belohnung" als eine ungeheure Schmach empfinden. Der Teil des Bürgertums, der auf seine politische Selbständigkeit nicht verzichtet hat, würde diese Empfindung teilen.

Wir wollen den Empfindungen nicht näheren Ausdruck geben, welche die Seele der Krieger bewegen, die ihre Freunde und Gesinnungsgenossen daheim so bedroht sehen und für sich selber das gleiche erwarten müßten, wenn die Wünsche der Reaktionäre in Erfüllung gehen würden. Es sei ferne von uns, angesichts des Feindes die Siedehitze der Leidenschaften noch steigern zu wollen. Aber wir können es mitfühlen, wie in der Seele der Krieger der unerschütterliche Entschluß reift, nach der Heimkehr nicht zu ruhen und nicht zu rasten, bis der Wall der Vorrechte niedergelegt ist, hinter dem sich die Reaktionäre auch für die Zukunft verschanzen wollen.

Diese Reaktionäre vergessen nichts und lernen nichts. Sie kommen immer wieder auf ihre alten Mittel zurück und denken gar nicht daran, daß diese in die von Grund aus veränderten Zeitverhältnisse nicht mehr hinein passen können.

Aber wir freuen uns, daß sie ihre menschenfreundlichen Gedanken so ohne Rückhalt geoffenbart. Den Weg zur Beseitigung ihrer Vorrechte haben sie damit nicht wenig geebnet. Und so sind auch sie „ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch auch Gutes schafft!"

Der Prozeß gegen Bolo Pascha.

Ueber den Prozeß gegen Bolo Pascha, der gestern vor dem 3. Kriegsgericht in Paris begonnen hat, meldet der Pariser Berichterstatter des Amsterdamer Handelsblad:

Der Justizpalast bot den gewöhnlichen Anblick. Der Andrang des Publikums war nicht außergewöhnlich groß. Angeklagt sind: Bolo Pascha, Porchere und Cavallini. Letzterer war nicht erschienen. Bolo Pascha wurde zwischen einer Bürgerwache in den Saal geführt. Er nahm eine ungezwungene Haltung ein, blickte sich ruhig im Saale um und beantwortete mit kräftiger Stimme die Fragen über seine Personalien. In der Pause sprach er lachend mit seinen Advokaten und den Wachmannschaften.

Porchere entzog sich so viel wie möglich den Blicken der Anwesenden. Unter den Zeugen befanden sich Humbert, der frühere Direktor des Journal, Frau Bolo und der Vater Bolos. Viele der aufgerufenen Zeugen sind nicht anwesend, so Caillaux, Frau Caillaux, Frau Rostant, die Tänzerin Napierkowska, der Abgeordnete Ajam und der frühere Abgeordnete Deloncle. Auf Drängen der Advokaten versprach der Regierungskommissar Caillaux zu laden.

Die Anklage

gegen Bolo Pascha lautet, Beziehungen zu Deutschland unterhalten zu haben, in der Absicht, dessen Unternehmungen zu fördern: 1. in der Schweiz in der Person des Khediven von Aegypten, Abbas-Hilmi und Jussuf Saddik Pascha; 2. in Paris, indem er von Cavallini eine Geldsumme annahm, die von Deutschland an den Khediven geschickt worden war, um eine friedensfreundliche Bewegung hervorzurufen; 3. in den Vereinigten Staaten, indem er sich durch Deutschland eine bestimmte Summe zustellen ließ zu dem Zweck, eine Wandlung der öffentlichen Meinung in der französischen Presse herbeizuführen; 4. in Paris, indem er Geld an die Presse, besonders an den Direktor des Journal zahlte.

Cavallini wird beschuldigt, Beziehungen mit Deutschland unterhalten zu haben in der Absicht, dem Feinde Vorschub zu leisten, indem er Bolo Pascha eine Geldsumme übermittelte und versuchte, die Aktien des Figaro mit Summen, die aus Deutschland stammten, zu kaufen.

Prochere wird der Teilnahme an verschiedenen der oben genannten Straftaten beschuldigt.

Paris, 5. Februar. (Meldung der Agence Havas.) Die Untersuchung beweise, daß Bolo Pascha Saddik Pascha in verabredeten Wendungen geschrieben hatte, um ihm den Plan einer Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland im Hinblick auf einen Sonderfrieden auseinanderzusetzen. Die in Freiburg gegründete Katholische Bank sollte die Kapitalien liefern und die Presse unter dem Vorwande einer religiösen Propaganda speisen. In Wien hatte der Vorschlag keinen Erfolg. Bolo schlug dann die Erwerbung zahlreicher Zeitungen zu dem Zwecke vor, zugunsten Deutschlands auf die öffentliche Meinung einzuwirken.

Der Bericht betont, daß sich Bolo nicht nur mit seinen früheren Erklärungen in Widerspruch befindet, sondern auch mit denen Caillaux', den er zum Zeugen anruft. Bolo erzählte von Caillaux, daß der Khedive ihm eine beträchtliche Summe schulde. Der Bericht spricht dann von den letzten Reisen Bolos in der Schweiz und in Italien und erwähnt das Eingreifen des deutschen Reichstagsabgeordneten Erzberger, der mit dem Khedive über die Wiedererstattung dieser Summe sprechen wollte, wenn er den Feldzug hinausschöbe. Der Khedive sollte in der Schweiz seine engen Beziehungen zu den Vertretern Deutschlands ausnutzen und sich begnügen, einen Sonderfrieden mit Frankreich zustande zu bringen. Der Bericht stellt sodann die Besitzergreifung einer großen Zahl Aktien des Rappel und den Versuch, die Aktien des Figaro zu kaufen, fest. 1915 bis 1916 habe Bolo zahlreiche Aktien der Revue und des Cri de Paris zu kaufen gesucht.

Der Bericht beschäftigt sich sodann mit der Angelegenheit des Journal. Deutschland habe großen Wert darauf gelegt, einer so bedeutenden französischen Persönlichkeit, wie dies Charles Humbert sei, einen Finanzbeirat zur Seite zu setzen. Durch Desouches und Lenoir wurde Humbert Käufer des Journal.

Der Bericht erörtert ferner die Umtriebe Bolo Paschas in Amerika sowie die Beziehungen zu Agenten Deutschlands, darunter Pavenstaedt und Graf Bernstorff.

In dem Bericht heißt es zum Schluß, daß Frankreich von einer sehr schweren Gefahr bedroht gewesen sei, denn der Schlag sei mit einem solchen Machiavellismus ausgedacht worden, daß Deutschland trotz seines Scheiterns einen Trost in dem ungeheuren Skandal erlebe.

Prochere habe für einen bedeutenden Teil der geheimnisvollen Korrespondenz zwischen Bolo, Cavallini und Saddik den Vermittler gespielt und zweimal einen Auftrag in der Schweiz bezüglich des Khediven erhalten.

Prochere gab hinsichtlich des Khediven den Tatbestand zu, behauptete aber weiter, daß er niemals das wirkliche Ziel dieser Korrespondenz gekannt habe. Indessen gab er zu, sich in Lausanne zweimal mit einer Persönlichkeit aus dem Gefolge des Khediven eingelassen zu haben. Seine hartnäckigen Ableugnungen zu Anfang und seine Versuche, die Zeugen zu falschen Aussagen zu verleiten, die er zu Anfang der Untersuchung unternahm, beweisen, wie schwer die Handlungen Bolos sind, dessen tätiger Mitarbeiter er war.

Bezüglich Cavallinis verweist die Anklage auf den Versuch von Ankäufen der Aktien des Figaro im April und Mai 1915. Die Untersuchung habe ergeben, daß es sich um ein Einverständnis mit Saddik Pascha handelte. Cavallini habe zu diesem Zweck bei der waadtländischen Kantonalbank die Summe von 249 250 Frank, die auf die zweite Einzahlung von Deutschland vorausbezahlt wurden, hinterlegt. Das hierbei verfolgte Ziel war, die Zeitung aufzukaufen, um im beabsichtigten Augenblick einen für die Feinde günstigen Feldzug zu führen. Damit war der Bericht zu Ende.

Der Vorsitzende befragte Bolo über seine Beziehungen zum Khediven. Bolo beteuerte jedoch seine Unschuld und versicherte, daß er kein Verräter sei. Er führte aus, er habe nicht an der Frankreich freundlichen Gesinnung des Khediven zweifeln können, und erinnerte an die Beweise von Wohlwollen, die ihm vor dem Kriege Abbas Hilmi und Saddik Pascha bezeugt hätten. Der Angeklagte findet es lächerlich, daß man ihm die Absicht zum Vorwurf mache, Pariser Zeitungen anzukaufen. Diese Blätter, sagte er, seien in Händen, aus denen man sie nahezu unmöglich herausbringen könne. Der Vorsitzende macht auf Widersprüche in den Erklärungen Bolos während der Untersuchung und während des Verhörs hinsichtlich seiner Beziehungen zu Cavallini und Saddik und über die amerikanische Angelegenheit aufmerksam. Bolo äußerte sich über seine Reise nach Spanien, über seine Unterredung mit dem Bruder des Papstes und über die Angelegenheit der 800 000 Kinder, in der er der Betrogene gewesen zu sein behauptet. Er bemerkt weiter, wenn er das ableugne, was ihm Kapitän Bouchardon unterstellt habe, so sei dies deshalb geschehen, weil er wußte, daß er mächtige Feinde habe. Infolgedessen habe er Bouchardon nur das gesagt, was er ihm sagen wollte. Bolo erhob Einspruch gegen die Erklärungen Cavallinis, der behauptete, über 2 Millionen ausgegeben zu haben. Er versicherte, er habe nicht mehr als eine Million erhalten, die er ihm schuldig gewesen sei, und behauptete, daß er in der Schweiz eine der Entente günstige Rolle gespielt habe.

Das Verhör wurde hierauf abgebrochen.

Clemenceaus Kriegsgericht für Caillaux.

Humanite kündigt eine Interpellation der Abgeordneten Moutet und Renaudel an, weil Clemenceau angeblich den Obersten Favurt, einen bekannten Scharfmacher, zum Präsidenten des Kriegsgerichts in der Caillaux-Affäre ernennen wollte. General Dubail widersetzte sich und bot seine Demission an, weil die Besetzung der Kriegsgerichte jährlich, und zwar im voraus, erfolge.

Rußland und Rumänien.

London, 5. Februar. (Reuter.) Nach amtlichen Telegrammen vom 2. Februar aus Jassy entwaffnet und bekämpft ein großer Teil des rumänischen Heeres jetzt die russischen Truppen. Die Räumung der russischen Front in der Moldau dehnt sich täglich aus. Ganze russische Abteilungen ziehen nach der russischen Grenze und greifen die rumänischen Truppen und Dörfer auf ihrem Wege an. Beim Angriff der Russen auf Galatz entwaffneten rumänische Truppen nach eintägigem Kampfe die neunte russische Division und eroberten 50 Kanonen. Einige Abteilungen der Division flüchteten nach dem deutschen Graben. Letzten Mittwoch griff das sechste russische Armeekorps mit schwerer Artillerie Faltizeni, in der Mitte der Moldaufront, an. Es wurde von Rumänen umzingelt, entwaffnet und nach Rußland abgeschoben.

Außer den großen Truppenabteilungen verlassen auch einzelne Regimenter und Kompagnien die russische Front. Die neue Republik Beßarabien ersuchte die rumänische Regierung um Truppen, um einer Verwüstung des Landes zuvorkommen. Im Innern Beßarabiens bemächtigte sich die maximalistische Rote Garde der Vorratsmagazine für die rumänische und die russische Armee und hielt Züge mit Lebensmitteln für die Bevölkerung der Moldau an. Auf Ersuchen der beßarabischen Regierung ließ daraufhin die rumäniche Regierung die Eisenbahn Kischinew—Ungeny—Jassy besetzen, außerdem Bolgrad, Reni und andere Vorratszentren. Der Kampf zwischen den rumänischen Truppen und den Bolschewiki erstreckt sich über ganz Beßarabien. Die rumänische Regierung ergriff alle möglichen militärischen Maßregeln, um die eigenen und die russischen Truppen an der rumänischen Front sowie die Bevölkerung der Moldau vor Hunger zu schützen.

In Rußland wurden viele rumänische Offiziere und Parlamentarier verhaftet, besonders in Odessa.

Aus Babadag wird gemeldet: Die rumänischen Revolutionäre hatten sich der im Hafen von Kilia liegenden Schiffe bemächtigt und das Donau-Delta als freie Republik proklamiert. Das Kommando der russischen Donau-Flotte hat erklärt, Odessa werde sich mit allen Mitteln gegen eine Besitzergreifung Beßarabiens durch die Rumänen verteidigen. Die Donauflotte sei zu einer Aktion gegen die Rumänen bereit.

Ein russischer Funkspruch nach Finnland.

Die Bolschewiki-Regierung schickte nachstehenden offenen Funkspruch „An alle" dringend, ab.

An alle Schiffe, Kameraden und Reservisten!

Kein einziger soll seine Entlassung zur Reserve nehmen, solange die bürgerliche Weiße Garde von Finnland nicht vernichtet ist. Ihr Sieg ist zum Nachteil unserer Revolution. Bewaffnung wird in der nötigen Menge gesandt werden.

Rußlands innere Kämpfe.

In der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung werden Petersburger Eindrücke von einem neutralen Reisenden wiedergegeben, der soeben aus Petersburg zurückgekehrt ist. Darin heißt es, die Bolschewiki hätten Petersburg vollständig in ihrer Hand. Vierfünftel, wenn nicht sogar Neunzehntel der Bevölkerung sind gegen den Bolschewismus feindlich oder gleichgültig. Es herrscht allgemeine Mißstimmung gegen Lenin und Trotzki. Die Lebensmittelfrage dürfte neben der Friedensfrage für die Dauer der bolschewistischen Gewalt entscheidend werden. Schlimmer ist die mehr und mehr um sich greifende Anarchie. Mehr und mehr hört man von den Russen verschiedenen Bildungsgrades, daß es nur ein einziges Heilmittel gebe: die Deutschen.

Aus Petersburg meldet der Temps: Da die Sozialrevolutionäre bemerken, daß sich viele von den Maximalisten abwenden, drängen sie die Arbeiter dazu, die von ihnen in den Sowjet gewählten Delegierten zurückzuziehen. Dieser Feldzug beginnt die leitenden Bolschewisten zu beunruhigen.

Die in Petersburg ansässigen Kirgisen haben bei der Bolschewikiregierung wiederholt Schritte unternommen, um ein besonderes Sekretariat für die Angelegenheiten der Kirgisen zu bilden. Die Kirgisen verlangen für ihr Land gänzliche Autonomie und werden es in der allernächsten Zeit zur föderativen Republik ausrufen.

Wie der in Breslau erscheinenden Gazetta Peronna gemeldet wird, hat sich Odessa als freie Stadt mit eigener Verfassung erklärt. Der Schritt geschah, um, wie es in dem Aufruf heißt, den Bürgern der Stadt den Frieden zu verschaffen.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet, daß mehrere Abteilungen chinesischer Truppen vor Blagowieschtschensk stehen. Diese Abteilungen gehören zu den aus Sachalin angekommenen Regimentern und bilden den hervorragendsten Teil der chinesischen Kerntruppen.

Der Luftangriff auf Paris.

Lugano, 5. Februar. Der Secolo meldet aus Paris: Der durch den Luftangriff auf Paris angerichtete Schaden wird vorsichtig mit über 15 Millionen Frank bezeichnet. In Paris und in der Bannmeile von Paris sind 72 Häuser vollständig oder teilweise zerstört und mehr als 150 beschädigt.

Daily Mail meldet aus Paris: Die Bomben bei dem letzten Luftangriff sind nicht wahllos geworfen, sondern die Flieger handelten nach einem bestimmten Plan. Ihr Ziel war die Erreichung der inneren Stadt mit den vielen Regierungsgebäuden und Verwirrung und Schrecken in das Pariser Volk zu tragen. Man muß sagen, daß sie ihr letztes Ziel leider erreicht haben.

Aus Flandern.

Das Zentralflämische Preßbureau meldet: Die flämischen Volksabstimmungen für den Rat von Flandern gehen ihren normalen Gang. Bisher fanden in ungefähr 100 wichtigen Mittelpunkten des flämischen Landes große Volksversammlungen mit vielen Tausenden von Teilnehmern statt. Eindrucksvoll vor allem gestalteten sich die Kundgebungen in Gent, Brüssel, Antwerpen, Löwen und Lokeren.

In Gent bewegte sich ein Zug von 8000 bis 10 000 Personen durch die Stadt nach dem Freitagsmarkt, wo das Standbild des Jakob von Artevelde, des größten flämischen Volkshelden, durch die begeisterte Menge mit Blumen geschmückt wurde.

Die Stadt Antwerpen bot am 3. Februar den Anblick eines echt belgischen Wahltages, bei dem es nach Landesbrauch nicht ohne Handgreiflichkeiten abging. Die flamenfeindlich Gesinnten konnten freilich trotz aller Kraftvergeudung den großen flämischen Kundgebungsumzug, dem die große Mehrheit der Bevölkerung sichtlich zustimmte, nicht vereiteln.

Rationierung in England.

Bern, 4. Februar. Nach langem Zögern hat das britische Kriegskabinett beschlossen, mit tunlichster Beschleunigung die nationale Zwangsrationierung einzuführen. Rhonda erklärte im Oberhause am 31. Januar, er hoffe, daß die von ihm für London und einige andere Distrikte angeordnete lokale Rationierung Anfang März durchgeführt sein werde, worauf sofort Maßnahmen ergriffen werden würden, daraus eine einheitliche Rationierung für das ganze Königreich zu entwickeln. Anscheinend sollen die verschiedenen Rationierungsbezirke, in welche das Land eingeteilt werden wird, so abgegrenzt werden, daß in jedem derselben die Industriedistrikte im wesentlichen durch dazu bestimmte Landwirtschaftsdistrikte verpflegt werden. Die Schaffung eines nationalen Lebensmittel-Clearinghouse in London soll lediglich dazu dienen, daß ergänzend eingegriffen werden kann, wo die Bestände unzureichend sind. Yapp, der Direktor für sparsamen Lebensmittelverbrauch, ist zurückgetreten.

Ein Aufruf zur Befreiung Indiens.

Das europäische Zentralkomitee der indischen Nationalisten in Stockholm hat an den Kongreß der englischen Arbeiterpartei in Nottingham telegraphisch einen Aufruf zur Befreiung Indiens gerichtet, in dem es u. a. heißt:

Kein wirklicher Friede ist möglich, bevor nicht die Welt zur Einsicht gelangt ist, daß der Krieg durch den aggressiven kolonialpolitischen Imperialismus der Großmächte hervorgerufen worden ist und daß England hierbei der älteste, rücksichtsloseste und erfolgreichste Verbrecher ist. Mit der traditionellen Heuchelei der britischen Politiker versichern Eure Leiter, daß sie für die Rechte der Demokratie und der Freiheit der unterdrückten Nationen kämpfen. Euer Land hat niemals für die Freiheit der Welt gekämpft, sondern bloß um für seine eigene Freiheit andere Länder erobern, betrügen, ausrauben und exploitieren zu können. Wenn Ihr wünscht, daß die Welt der Aufrichtigkeit Eurer Reden von Freiheit und Demokratie Glauben schenken soll, so macht ein Ende dem brutalen Exploitierungsregiment, das jahrhundertelang Millionen von Menschen in Indien und Aegypten in Armut, Unwissenheit und Erniedrigung erhalten hat. Ihr könnt nicht verlangen, daß andere Nationen ihre unterdrückten Völker befreien sollen, bevor Ihr nicht die Eurigen freigegeben habt. Snowden hat schon darauf hingewiesen, wie heuchlerisch ein Friedensschluß laut den Prinzipien „keine Annexionen" sein muß, wenn dabei nicht der indischen, irländischen und ägyptischen Frage die gleiche internationale Bedeutung eingeräumt wird wie der polnischen, finnländischen usw. Aber einige Arbeiterführer wie Henderson und Ramsay Macdonald handeln nur im Auftrage der Kapitalisten und Imperialisten, wenn sie bloß Reformen für Indien vorschlagen. Indien bedarf keiner Reformen unter britischer Herrschaft, sondern einer revolutionären Umwälzung. Es liegt im Interesse der arbeitenden Klassen Englands, mit uns zusammen für das Zustandekommen einer solchen Revolution in England wie auch in Indien zu arbeiten. Reformen und Home-Rule-Vorschläge können den Tag der Abrechnung bloß hinausschieben, aber er muß kommen. Bevor nicht Indien seine volle Freiheit erhalten hat, über sein Schicksal selbst zu bestimmen, wird das britische Volk die Segnungen des Friedens nicht genießen können, ebensowenig wird Britannien je aufhören, die unermeßlichen Reichtümer Indiens zu benutzen, um den Weltfrieden zu stören durch Anfalls- und Eroberungskriege. Wir wenden uns darum an Euch, damit Ihr den entscheidenden Schritt tun möget, die Befreiung Indiens, Irlands und Aegyptens zu verlangen.

Neues zur Weltlage.

In den Beschlüssen des Versailler Kriegsrates, in denen den Mittelmächten Raubsucht vorgeworfen wird, erblicken die Wiener Blätter nur die deutliche Absicht der Ententemächte eigene Eroberungsabsichten zu verbergen, und stellen fest, daß die Hoffnung der Entente auf den möglichen Zusammenbruch der Mittelmächte eine schwere Enttäuschung erfahren wird. Der Beschluß des Kriegsrates sei ein Alarmruf, der in den Ländern der Mittelmächte verstanden werden wird.

Der Schweizer Allgemeine Pressedienst meldet: Die Amerikaner haben neuerdings in Frankreich zahlreiche Kontrakte auf Truppenlager, Unterkunftsräume usw. auf fünf Jahre abgeschlossen. Sie gehen bei ihrer Festsetzung in Frankreich andauernd rücksichtslos vor und reißen ganze Häuser nieder, die ihnen im Wege sind.

Tribuna erfährt, daß das neue Manövrierheer des Verbandes, das sich dem Gegner überall, wo es nötig ist, entgegenwerfen soll, bereits vorhanden sei; es gelte nur, es an bestimmten Punkten zu versammeln. Die jeweilige Verwendung dieses Manövrierheeres hänge vom Obersten Kriegsrat von Versailles ab, so daß für alles, was an der Einheitsfront vorgeht, künftig der ganze Verband verantwortlich sein wird.

Dem Nieuwe Courant zufolge berichtet die Times vom 2. Februar: Der englische Landwirtschaftsminister Prothero hielt eine Rede auf der Konferenz von Vertretern der Landwirtschaft, in der er sagte, England werde in den nächsten acht Monaten die gefährlichste Periode seiner Geschichte als Nation und Reich erleben. Aus der Berechnung der vorhandenen Menge Hafer und Viehfutter gehe hervor, daß für die Bauern nicht genug da sei und daß eine drastische Veränderung eintreten müsse. Zum Schluß sagte er, daß alle Kutsch- und Luxuspferde abgeschlachtet werden, oder von Gras leben müßten.

Die Vertreter der englischen und französischen Regierung erklärten sich bereit, für den Fall, daß Rußlands neue sozialrevolutionäre Armee den Kampf mit dem deutschen Imperialismus aufnehmen sollte, sofort jede materielle und moralische Hilfe des ganzen Alliierten-Verbandes den Russen zu gewähren. Alle Militär-Attachees, die sich teils in Jassy, teils in Rostow am Don aufhalten, würden sich dem russischen Hauptquartier sofort angliedern.

In der Mailänder Scala fand am Sonntag zu gunsten einer energischen Fortsetzung des Krieges eine außergewöhnlich stark besuchte Versammlung statt, an die sich eine Demonstration in den Hauptstraßen anschloß.

Das italienische Amtsblatt macht bekannt, daß die Eröffnung der Kammer auf den 12. Februar vertagt worden ist.

Zu den Aeußerungen des ersten Lords der englischen Admiralität Geddes, der Unterseebootkrieg habe keine Bedeutung mehr, die deutsche Admiralität fälsche ihre Meldungen, was aus der befriedigenden Kurve, die er habe, hervorgehe, schreibt Sozialdemokraten, die norwegische Schiffahrt habe eine abweichende Erfahrung gemacht. Hiernach sehe es sogar so aus, als ob die Deutschen mehr versenkten, als sie selbst zugestehen wollten. Es könnte wohl sein, daß sie ab und zu auch ein englisches Schiff träfen. Die Kurve, die ihn so sehr befriedige, könne nur ein geringer Trost für

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180206-13/fragment/page=0002

die Neutralen sein. Im Hinblick auf die eignen Erfahrungen und die englische Rationierung, die doch kein bloßer Spaß sei, sollte man eher geneigt sein, den Deutschen zu glauben.

Der Seccolo meldet aus Athen, daß zahlreiche Anhänger des Königs, darunter die früheren Ministerpräsidenten Skuludis und Lambros und der Oberhofmarschall Ypsilanti verhaftet worden sind.

Aus Washington wird gemeldet: Der Kriegsminister Baker hat in seiner Wochenübersicht offiziell bekannt gegeben, daß amerikanische Truppen einen Teil der Front in Frankreich besetzt haben.

Nach einer Hatasmeldung aus Honduras beschlagnahmte der Präsident der Republik Handuras alle Schiffe, die Deutschen eghörten und internierte deren Besitzer im Innern des Landes.

Der Krieg zur See.

Berlin, 5. Februar. (Amtlich.) Eines unserer U-Boote, Kommandant Kapitänleutnant Wenninger, hat im westlichen Teil des Aermelkanals

3 Dampfer, 2 Segler und 4 englische Fischerfahrzeuge

mit rund 20 000 Br.-Reg.-To. versenkt. — Die in beträchtlichem Maße vorhandene feindliche Gegenwirkung überwand das Boot durch geschickt angesetzte und kühn durchgeführte Angriffe.

Unter den Schiffen befand sich der große englische bewaffnete Dampfer „Manhatten" (8004 Tonnen), der englische Schoner „Perriton" und die Fischerfahrzeuge „General Leman", „Perseverance" und „Abdaz".

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die gestrige Meldung über den Rücktritt von Sir A. Yapp sowie über die vom englischen Kriegskabinett beschlossene Zwangszuteilung von Lebensmitteln beleuchtet greller als viele Worte die Lage, in welche unsere U-Boote England gebracht haben. Der von Yapp zugunsten freiwilliger Beschränkung des Lebensmittelverbrauches unternommene Feldzug ist fehlgeschlagen. England hat nunmehr zu beweisen, ob und wie lange es mit seiner Zwangszuteilung dem Druck des U-Boot-Krieges zu widerstehen vermag. Hierbei wird leicht der Umstand übersehen, daß in England schon längst eine Zwangsrationierung besteht, freilich nicht für Lebensmittel, wie bei uns, sondern für Schiffsraum, dem Lebensblut der britischen Nation. Bald nach Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges sah sich die britische Regierung gezwungen, alle Seedampfer von über 500 Br.-Reg.-To. in der Weise zu beschlagnahmen und ihre Verwendung zu rationieren, daß diese Schiffe ohne behördliche, nach einem festen Wirtschaftsplan geregelte Genehmigung nicht fahren durften. Lloyds List bringt unter dem 21. Januar die wertvolle Nachricht, daß sich diese Zwangsverteilung vom 1. Februar an auf sämtliche Schiffe erstrecken wird, also auch iuf Segler, ohne Berücksichtigung ihrer Größe und, soweit sie im Küstenverkehr fahren, sogar ohne Rücksicht auf ihre Nationalität. Auch diese Maßregel wird die unausbleibliche Wirkung unserer U-Boot-Waffe nicht lange aufhalten.

Norwegens Antwort an Amerika.

Die Antwort der norwegischen Regierung auf die Vorschläge des amerikanischen Handelsministeriums bezüglich der Zufuhr von den Vereinigten Staaten nach Norwegen betont den festen Willen des norwegischen Volkes, neutral zu sein. Norwegen könne darum in seiner Handelspolitik seine Verbindungen mit einem der Kriegführenden nicht abbrechen, ohne befürchten zu müssen, daß die Neutralität in der Allgemeinheit nicht aufrechterhalten werden könnte. Norwegen habe die berechtigte Forderung, daß dem Lande nicht das tägliche Brot vorenthalten und das Land dadurch vor die Wahl zwischen einer vollständigen Notlage oder einem Vertrag, der eine Gefahr für seine Neutralität, möglicherweise den Krieg bedeute, gestellt werde. Die Antwort betont ferner, daß Norwegen den Vereinigten Staaten von Amerika und den Alliierten bedeutende Vorteile geleistet habe, besonders durch die Schiffahrt unter großer Aufopferung von Menschenleben und Schiffen. Norwegen werde sich nicht ohne große Schwierigkeiten verpflichten können, Deutschland nicht Schwefelerz, Calciumcarbid, Calciumnitrat usw. zu liefern, da Deutschland bezüglich dieser Waren ein alter Kunde Norwegens gewesen ist. Die Antwort erklärt schließlich, Norwegen habe versucht, den Vereinigten Staaten entgegenzukommen, insofern es die Lebensinteressen des Landes zulassen. Norwegen habe den größten Teil seiner Ausfuhr angeboten, um die für seine nationale Gesundheit und Produktivität notwendige Zufuhr zu bekommen.

Rückblick auf die Züricher Unruhen.

Bern, 4. Februar. In seinem Bericht über die Züricher Unruhen stellt der Züricher Regierungsrat fest, daß ausländische Einflüsse bei den Tumulten selbst nicht in Betracht kämen. Unter den bei den Ausschreitungen Verhafteten befindet sich nur ein kleiner Teil Ausländer, meistens Italiener, die zum Anarchismus neigen. Als wichtigste Ursache der Unruhen wird die Tatsache angeführt, daß ein großer Teil der Bevölkerung unter dem Drucke schwerer Not in eine seelische Verfassung geraten sei, die zu gewalttätigen Ausbrüchen stark geneigt mache. Die verteilten Flugblätter zeigten deutlich, wie die aus ganz anderen politischen Verhältnissen herausgewachsene russische Revolution auch in der Schweiz die Geister verwirre. Die Hauptträger dieser Revolutionsstimmung seien die sozialdemokratischen Jugendorganisationen. Der Regierungsrat ist sich, wie erklärt wird, bewußt, daß man mit Polizei- und Militärgewalt gegen diese Erbitterung, die in den weiten Kreisen des Volkes unter dem Einflusse der Not herrsche, nichts erreichen könne. Er bemühe sich nach besten Kräften, diese Not zu lindern.

Kriegswirkungen auf die Grundbesitzpreise.

Man schreibt der Deutschen Orient-Korrespondenz. In Deutschland hat der Krieg bekanntlich zu einer sehr starken Preissteigerung für ländlichen Grundbesitz geführt. Die hohen Preise für Lebensmittel, die voraussichtlich noch eine Reihe von Jahren anhalten werden, sichern selbst einem hohen Anlagekapital in landwirtschaftlich genutzten Flächen eine gute Rente. Im städtischen Grundbesitz hat sich aber bei uns eine fühlbare Preissteigerung nicht bemerkbar gemacht. Die großen Mietausfälle durch den den Kriegsteilnehmern gewährten Schutz, und die Schwierigkeiten der Hypothekenbeschaffung lassen den Erwerb von städtischem Grundbesitz wenig lohnend erscheinen. Die Nachfrage ist daher trotz großer verfügbarer Kapitalien aus Kriegsgewinnen keineswegs erheblich gestiegen.

Eine ganz andere Entwicklung zeigt sich in den Ländern unserer Verbündeten. So wird aus Wien über einen ungewöhnlich großen Umsatz von städtischen Grundstücken berichtet, bei dem Preise erzielt wurden, wie man sie früher niemals für möglich gehalten hätte. Die Nachfrage nach Häusern ist eben derartig gesteigert, daß nur Käufer Aussicht auf Erwerb eines solchen haben, die von vornherein bereit sind, Preise anzulegen, bei denen der Nutzwert des Grundstücks nicht mehr als Maßstab dient. In normalen Zeiten pflegt man in der österreichischen Hauptstadt als Kaufpreis den 12—18 fachen jährlichen Mietertrag zu zahlen. Gegenwärtig legt man aber ohne Bedenken auch den doppelten Preis an. Es ist nicht leicht, die Ursachen dieser keineswegs als gesund anzusehenden Entwicklung klar zu erkennen. Teilweise wirkt unzweifelhaft bei den Kriegsgewinnern die Furcht vor den hohen Kriegssteuern, die das mobile Kapital begreiflicherweise schonungsloser anfassen als den Grundbesitz. Vielfach hat man aber auch den Eindruck, daß die Käufer unerwartet zu Mitteln gekommen sind, für deren wirtschaftliche Verwertung es an ausreichender Erfahrung fehlt. Schließlich mag auch die herrschende Ansicht, daß nach dem Kriege eine allgemeine starke Steigerung der Mieten eintreten wird, von Einfluß sein.

Eine ganz ähnliche Entwicklung zeigt die bulgarische Hauptstadt. Im Laufe des letzten Jahres sind in Sofia die Preise für Häuser annähernd auf das Vierfache gestiegen, so daß selbst die hohen Mieten nur eine Verzinsung des Anlagekapitals bis zu 2 Proz. ermöglichen. Dabei gewähren die Banken selbst bei täglichem Geld noch eine Verzinsung von 4½ bis 5 Proz. Außerdem bieten auch die vom Staat ausgegebenen Schatzscheine neben unbedingter Sicherheit und Steuerfreiheit eine Verzinsung von 5½ Proz. Gelegenheit zu einer sicheren und zugleich rentablen Kapitalsanlage ist also reichlich vorhanden. In Sofia ist die außerordentliche Steigerung der Häuserpreise teilweise auf die starke Zunahme der Bevölkerung durch Flüchtlinge und Fremde zurückzuführen. Mit diesem Zuwachs hat naturgemäß die Bautätigkeit nicht Schritt gehalten, da Arbeitskräfte fehlen und die Rohstoffe nur zu hohen Preisen zu beschaffen sind. Man nimmt in Sofia an, daß das Bauen nach dem Krieg doppelt so teuer sein wird wie vorher. Trifft diese Annahme zu, dann werden allerdings Mietssteigerungen eintreten, die den augenblicklichen Phantasiepreisen für Häuser noch Rechnung tragen.

Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse in Konstantinopel. Auch dort herrscht ein schwunghafter Häuserhandel, begünstigt durch das Mißtrauen gegen das Papiergeld. Die glücklichen Besitzer von Goldstücken entäußern sich ihres Besitzes, behalten aber auch den Erlös in Papiergeld nicht, sondern suchen ihren Gewinn durch Anlage in Grundbesitz sicher zu stellen.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 5. Februar. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Von der Küste bis zur Lys Artilleriekampf, der sich am Abend an der Bahn Boesinghe—Staden bei Abwehr eines englischen Vorstoßes sowie zwischen Paschendaele und Becelaere beträchtlich steigerte. Auch südlich von der Lys, am La Bassee-Kanal und an der Scarpe lebte die Feuertätigkeit zeitweilig auf.

Bei erfolgreichen Erkundigungen südlich von Armentieres und bei Graincourt wurden einige Engländer gefangen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

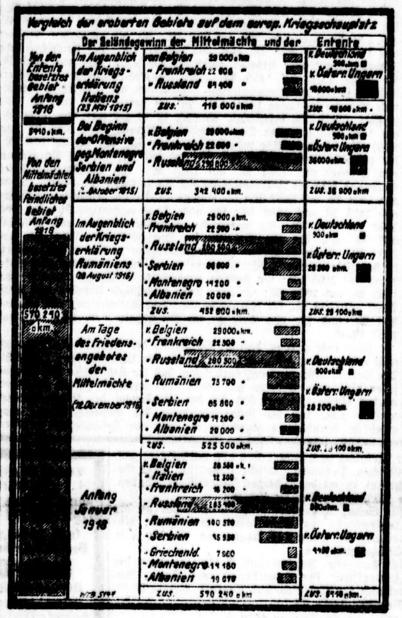
Badische Stoßtrupps drangen südlich von Beaumont tief in die französischen Stellungen, fügten dem Gegner schwere Verluste zu und kehrten mit 33 Gefangenen und mehreren Maschinengewehren in ihre Linien zurück.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Auf den Maas-Höhen nördlich und südlich von St. Mihiel lebte die Gefechtstätigkeit am Nachmittag auf.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.



Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Dienstag zu einer Sitzung zusammen, um zu den Ereignissen der letzten Tage Stellung zu nehmen. Die Sitzung war sehr stark besucht. Genosse Schei[illegible]n erstattete einen anschaulichen Bericht, insbesondere ü[illegible] Maßnahmen, die vom Parteivorstand ergriffen wurden. Na[illegible]er Debatte schloß sich die Fraktion einstimmig den Beschlüssen an, die der vor einigen Tagen versammelt gewesene Parteiausschuß gefaßt hatte und in denen insbesondere bündige Erklärungen der Regierung über die Kriegsziele, sowie beschleunigtere Durchführung der innerpolitischen Reformen gefordert worden waren.

*

Interfraktionelle Besprechung der Reichstags-Mehrheit.

Wie die Vossische Zeitung hört, hat Dienstag nachmittag eine interfraktionelle Besprechung der Mehrheitsparteien des Reichstages stattgefunden; Vertreter der nationalliberalen Fraktion haben an dieser Besprechung nicht teilgenommen. Die Erörterungen galten vor allem der innerpolitischen Lage; sie werden voraussichtlich Ende dieser Woche fortgesetzt werden.

*

Nachwehen der Streikbewegung in Kiel.

Vor dem außerordentlichen Kriegsgericht in Kiel hatten sich drei Unabhängige wegen der Anklage, eine öffentliche Versammlung ohne Genehmigung veranstaltet und dadurch Landesverrat verübt zu haben, zu verantworten. Die drei hatten, als am 26. Januar die Arbeiter der Kruppschen Werft die Arbeit niedergelegt hatten, auf dem Wilhelmsplatz an die dort versammelte Menge Ansprachen gehalten. Sie sollten die Arbeiter zum Ausharren im Streik aufgefordert haben. Die Angeklagten wendeten ein, daß der Streik ohne ihr Zutun ausgebrochen sei und daß es sich für sie nur darum gehandelt habe, ihn in ruhige Bahnen zu lenken, die Forderungen der Streikenden zu formulieren und an die zuständigen Stellen weiterzugeben. Das Kriegsgericht verurteilte den Arbeiter L. Kopp zu zwei Monaten, den Dreher Emil Theil zu zwei Jahren, und den Schlosser Heinrich Strunck zu einem Jahr sechs Monaten Festungshaft. Eine ehrlose Handlung, so heißt es in der Begründung des Urteils, könne den Angeklagten nicht unterstellt werden. Sie haben ihre Ziele von ihrem Standpunkt aus zum Wohle des Vaterlandes verfolgt und nicht, um den Soldaten im Felde in den Rücken zu fallen.

*

Neue Methoden bei der Verschleierung von Kriegsgewinnen.

Seit Jahr und Tag bewegt die Industrieaktionäre die eine große Sorge, wie sie die ungeheuren Kriegsgewinne ohne allzu aufreizende Dividendensteigerungen der Oeffentlichkeit verschleiern und, wenn auch auf Umwegen, in ihre Taschen leiten können. Zur Erfüllung dieses Zweckes haben die groß-industriellen Finanzgenies eine ganze Reihe von teils mehr, teils weniger gewundenen Umwegen entdeckt. Neben der Erhöhung des Dividendensatzes, dem ollen ehrlichen Verfahren der Vorkriegszeit, kommt in vermehrtem Maße die Ausschüttung eines Extrabonus vor, ferner die Verteilung von Gratisaktien oder das Angebot eines billigen Bezugsrechtes auf neue Aktien sowie auch die Gratisausgabe von mit vollem Dividendenanspruch ausgestatteten Genußscheinen. Einen ganz neuen krummen Weg zur Unterbringung der Kriegsgewinne, der zugleich zum Zwecke künstlicher Kurssteigerung wirksam ausgenutzt werden kann, hat die Gesellschaft für Brauerei-, Spiritus- und Preßhefefabrikation vormals G. Simon in Karlsruhe eingeschlagen, indem sie einen Posten ihrer Aktien durch ein Konsortium zum Kursstand von 300 aufkaufen läßt und diesen Betrag ihren alten Aktionären zu pari, also um etwa 200 Prozent niedriger, anbietet. Da sich die Kaufaktion auf eine längere Zeit erstreckte, blieb es nicht aus, daß die sich notwendig anknüpfende lebhafte Nachfrage eine erhebliche Steigerung des Kursstandes bewirkte, wodurch selbstverständlich der teure Kaufpreis nicht nur ausgeglichen wurde, sondern den Aktionären noch einen Extraprofit brachte. Die auf diesem Wege glücklich untergebrachte Summe belief sich auf 1¾ Millionen Mark.

Diese Manipulationen zeigen wieder einmal, daß die Kriegsgewinner tatsächlich nicht mehr wissen, wohin mit dem Segen, der ihnen aus der Kriegsnotzeit erblüht. Daß diese Leute zugleich die ärgsten Kriegstreiber sind und die schärfsten Gegner innerer Reformen, versteht sich am Rande!

*

Schnelle Arbeit im badi'chen Landtage.

Während der badische Landtag in seinen bisherigen Verhandlungen sich nicht übermäßig beeilte, so daß von verschiedenen Seiten schon Widerspruch gegen dieses schleppende Verhandlungstempo erhoben wurde, zeigte er nun in seiner Sitzung vom letzten Donnerstag, daß er auch rasch zu arbeiten versteht. In wenigen Augenblicken genehmigte er einen Betrag von über 18 Millionen Mark zur Gewährung einer durchgreifenden Erhöhung der Teuerungszulagen für die Beamten und Arbeiter. Es war allerdings nicht von ungefähr, daß der Landtag dieses beschleunigte Tempo einschlug. Es bedurfte da einer kräftigen „Nachhilfe" von außen. Man kann sogar vermuten, daß die gegenwärtige Streikbewegung im Reiche nicht ohne Einfluß auf die Beweglichkeit der Landboten geblieben ist. In der Sitzung der Budgetkommission vom Mittwoch machte der Vorsitzende die Mitteilung, daß ihm Mitteilungen über eine wachsende Unzufriedenheit aus den Kreisen der mittleren und unteren Beamten zugegangen seien, ebenso herrsche in den Kreisen der Eisenbahnarbeiter starke Mißstimmung. In einer Eingabe an den Landtag vom Tage vorher hatte die Verbandsleitung des deutschen Verkehrspersonals auf die wachsende Unzufriedenheit im Eisenbahnpersonal aufmerksam gemacht und mitgeteilt, daß die Gärung so groß ist, daß die Verbandsleitung die Verantwortung für die etwaigen Folgen ablehnen müsse. Das wirkte! Der Finanzminister teilte mit, daß die Regierung sich klar sei, daß sie dem Beispiele Preußens, Bayerns und des Reichs folgen müsse, eine einmalige Teuerungszulage zu bewilligen, auch habe sich eine weitere Erhöhung der Grundlöhne als notwendig erwiesen. Die Arbeitslöhne der Eisenbahnarbeiter sollen um 50 Pf. pro Tag erhöht werden; die unteren Beamten sollen eine Erhöhung der Kriegszulage um 180 M. erhalten, desgleichen auch die übrigen Beamten. Dazu kommt eine einmalige Zulage von 100 M. und 20 M. für jedes Kind, ledige Beamte und Arbeiter sollen 50 M. erhalten. — Der sozialdemokratische Redner wies darauf hin, daß das Hauptübel der entsetzliche Wucher sei, und daß, wenn man dagegen nicht einschreite, in wenigen Monaten wiederum eine Gehalts- und Lohnerhöhung notwendig sei. Die Regierung erklärte sich schließlich bereit, die einmalige Zulage auf 200 M. für Verheiratete zu erhöhen. Diesen Beschlüssen der Budgetkommission stimmte der Landtag ohne große Debatte einstimmig zu.

Wie „dringlich" die Sache auf einmal wurde, mag man daraus ersehen, daß die einschlägigen Petitionen der Beamten und Arbeiter bereits am 26. November dem Landtag unterbreitet worden waren. Das langsamste Parlament vermag also rasch zu arbeiten, wenn nur etwas „Dampf" dahinter gemacht wird. Kurz vorher hatte eine in Karlsruhe abgehaltene Eisenbahnerversammlung erklärt, daß die Beamten und Arbeiter „am Rande des Durchhaltens" angelangt seien.

*

Erdölquellen in Baden.

Die badi'che Regierung legte dem Landtag einen Gesetzentwurf über die Erschließung und Ausbeutung von Erdölquellen in Baden vor, die dem Staate zunächst vorbehalten sein sollen. Bezweckt wird, Deutschland auf die Dauer von fremden Hilfsquellen möglichst unabhängig zu machen.

*

Reichstagsabgeordneter Warlo (Zentrum) ist in Gleiwitz (Oberschlesien) infolge eines Schlaganfalles plötzlich verschieden.

Aus aller Welt.

Großen Schiebungen mit Mehl und Getreide ist das Kriegswucheramt in Zusammenarbeit mit der Reichsgetreidestelle im Kreise Neustadt (Oberschles.) auf die Spur gekommen. Es konnten beschlagnahmt und sichergestellt werden allein zwölftausend Zentner Mehl und Getreide, die der Verbrauchsregelung entzogen worden waren. Fünf der Beteiligten wurden von Beamten des Kriegswucheramts festgenommen und dem Amtsgericht in Neustadt vorgeführt. Die Buschmühle in Wachtel-Kunzendorf ist durch das Landratsamt geschlossen worden. Es konnte festgestellt werden, daß bei diesen Schiebungen der Höchstpreis zum Teil um mehr als das Zehnfache überschritten worden ist.

An unsere auswärtigen und Post-Abonnenten.

Beschwerden über unpünktliches Zustellen der Volksstimme sowohl als auch über Fehlen einzelner Exemplare an der überwiesenen Anzahl sind stets bei dem Postamt des betreffenden Ortes anzumelden.

Beschwerden beim Verlag verzögern nur die Regelung der Angelegenheit, die nur auf postalischem Wege erfolgen kann.

Der Verlag der Volksstimme.

Der preußische Staatsbergbau.

Nach dem dem Abgeordnetenhause zugegangenen Betriebsbericht der preußischen Bergverwaltung für das Rechnungsjahr 1916 ist der preußische Staatsbergbau durch den Krieg in zweifacher Hinsicht besonders beeinflußt worden. Einmal war der Bedarf an Bergwerkserzeugnissen aller Art infolge der außerordentlich gesteigerten Anforderungen der Heeresverwaltung sehr groß; anderseits wurde der Betrieb der Werke durch Mangel an Arbeitskräften, die Knappheit an Arbeitsstoffen und durch Transportschwierigkeiten in erheblichem Maße beeinträchtigt. Trotz aller Erschwernisse ist es aber gelungen, den Betrieb der staatlichen Bergwerke ohne wesentliche Störungen durchzuführen. Während die Erzeugung im allgemeinen auf der Höhe des Vorjahres blieb, gestattete die günstige Marktlage aus dem Verkauf der Erzeugnisse wesentlichen Nutzen zu ziehen, der indessen infolge der außerordentlich hohen Betriebsausgaben stark verringert wurde. Immerhin kann das wirtschaftliche Gesamtergebnis des Berichtsjahrs als günstig bezeichnet werden.

Der gesamte Wert der eigentlichen Bergwerkserzeugnisse ist mit 338,3 Millionen Mark gegen 278,2 Millionen Mark im Vorjahre um 20 Prozent gestiegen; der Wert der verarbeiteten Produkte hat um 27,6 Prozent zugenommen. Der Reingewinn belief sich im Berichtsjahr auf rund 38,6 Mill. Mark gegen 44,8 Millionen Mark im Jahre vorher. Von diesem Reingewinn sind rund 27,3 Millionen Mark des Auskogen- und Betriebskapitals in bar abgeliefert worden, während der Rest zur Vermehrung des Auslagenkapitals verwendet worden ist.

Von der Veröffentlichung einer Zusammenstellung des Gesamtergebnisses der Erzeugnisse muß mit Rücksicht auf den Erlaß des Kriegsministers vom 15. Dezember 1916 über Geheimhaltung von Produktionszahlen Abstand genommen werden.

Was die Verhältnisse der Arbeiter auf den staatlichen Bergwerken betrifft, so sind größere Arbeiterbewegungen im Berichtsjahre nicht vorgekommen. Nur auf dem Nordfeld des Steinkohlenbergwerks „König" in Oberschlesien trat im Februar 1917 unter der Forderung von Mindestlöhnen etwa die Hälfte der Belegschaft in den Ausstand, der indessen schon nach drei Tagen beendet war. Irgendwelche Zugeständnisse sind von der Verwaltung nicht gemacht worden. Die Anträge der Belegschaft auf Lohnerhöhung wurden, wie es in dem Bericht heißt, soweit sie berechtigt und durchführbar waren, berücksichtigt. Auf den westfälischen Werken kam es im Zusammenhang mit der herrschenden Lebensmittelknappheit zu mehreren Arbeitsniederlegungen; in allen Fällen wurde die Arbeit noch kurzer Zeit wieder aufgenommen. Auch im Saarbrücker Bezirk machte sich während des Monats Mai des Berichtsjahrs eine gewisse Erbedung besonders unter den jugendlichen Belegschaftsmitgliedern geltend, aber die Bewegung zog keine weiteren Kreise, sondern blieb auf einige Injektionen beschränkt. Der Gesundheitszustand der Arbeiter ist trotz der mehrfach beklagten knappen Ernährungsverhältnisse im allgemeinen zufriedenstellend, Epidemien sind nicht aufgetreten.

Die Zahl der tödlichen Verunglückungen durch Betriebsunfälle betrug im Berichtsjahr 182, im Jahre vorher 157, sie ist von 1,9 auf 2,1 pro Tausend beschäftigter technischer Beamten und Bergleute gestiegen.

Sehr eingehend verbreitete sich der Bericht über die Wohlfahrtseinrichtungen. Wir heben daraus hervor, daß an Unterstützungen für aktive Arbeiter im Bereiche der Bergwerksverwaltungen 111 381 M. aus etatsmäßigen Mitteln verwendet sind, und daß die durch den Krieg veranlaßten besonderen Aufwendungen für die Belegschaft (Familienunterstützungen der Kriegsteilnehmer) im Berichtsjahre 8,8 Millionen Mark gegen 10,6 Millionen Mark im Jahre vorher betragen haben. Der Grund für die Verringerung dieser Ausgaben liegt in der Rückkehr einer größeren Anzahl von Bergarbeitern aus dem Felde.

Der Beschaffung preiswerter Lebensmittel und Bedürfnisse hat die Verwaltung, wie sie hervorhob, ihre besondere Fürsorge gewidmet, sie hat hierfür 10,7 Millionen Mark ausgegeben, wovon 3,9 Millionen Mark als Zuschuß auf die Staatskasse übernommen worden sind, da die Einnahmen nur 6,8 Millionen Mark betrugen.

Arbeitslöhne beim preußischen Steinkohlenbergbau.

Nach dem Betriebsbericht der preußischen Bergbauverwaltung sind beim Steinkohlenbergbau in Oberschlesien die Löhne der Bergarbeiter folgendermaßen gestiegen: Der Schichtverdienst für Bergarbeiter im engeren Sinne vom Jahre 1914 bis zum Jahre 1917 von 4.79 M. auf 8.76 M., der Jahresverdienst von 1427 M. auf 2119 M., für die sonstigen unterirdisch beschäftigten Bergarbeiter stieg der Schichtverdienst von 3.51 auf 6.52 M., der Jahresverdienst von 1070 auf 1550 M.; für die über Tage beschäftigten Arbeiter ausschließlich der Jugendlichen und weiblichen von 3.22 M. auf 5.67 M. bzw. von 1001 auf 1404 M.; für die jugendlichen männlichen Arbeiter unter 16 Jahren von 1.26 M. auf 2.51 M. bzw. von 366 auf 556 M.; für die weiblichen Arbeiter von 1.31 M. auf 2.73 M. bzw. 384 auf 577 M. Der durchschnittliche Jahresverdienst aller Arbeiter belief sich im Jahre 1914 auf 1086 M., im Jahre 1916 auf 1453 M. Im Steinkohlenbergbau in Niederschlesien betrug der durchschnittliche Jahresdienst für unterirdisch beschäftigte Arbeiter im Jahre 1914: 1210 M., im Jahre 1916: 1647 M.; für sonstige unterirdisch beschäftigte Arbeiter ist er gestiegen von 1094 M. auf 1465 M.; für über Tage beschäftigte Arbeiter von 1029 M. auf 1280 M.; für jugendliche männliche Arbeiter von 406 M. auf 686 M., für weibliche Arbeiter von 521 M. auf 687 M. und im Durchschnitt alle Arbeiter von 1094 M. auf 1383 M. Im Oberbergamtsbezirk Dortmund stieg der Jahresverdienst für Bergarbeiter im engeren Sinne von 1904 M. auf 2837 M.; für sonstige unterirdisch beschäftigte Arbeiter von 1401 M. auf 1892 M.; für über Tage beschäftigte Arbeiter von 1462 auf 1910 M., für jugendliche männliche Arbeiter von 429 auf 666 M. und für alle Arbeiter im Durchschnitt von 1619 M. auf 2207 M. Beim staatlichen Steinkohlenbergbau in Saarbrücken endlich ist der Jahresverdienst für Bergarbeiter im engeren Sinne von 1514 Mark auf 2005 M.; für sonstige unterirdisch beschäftigte Arbeiter von 1262 M. auf 1622 M.; für über Tage beschäftigte Arbeiter von 1193 Mark auf 1536 M., für jugendliche männliche Arbeiter von 426 M. auf 588 M. und für alle Arbeiter im Durchschnitt von 1328 M. auf 1662 Mark.

Man sieht hieraus, daß die Steigerung der Bergarbeiterlöhne auch nicht entfernt den gestiegenen Preisen für die Lebenshaltung entspricht. Der Bericht weist allerdings darauf hin, daß die Lohnzahlen der Kriegsjahre nicht ohne weiteres mit denen aus normalen Zeiten verglichen werden dürfen, sondern daß bei der Würdigung der Löhne beachtet werden muß, daß die Zusammensetzung der Gesamtbelegschaft eine erhebliche Verschiebung gegenüber der Zeit vor Kriegsbeginn erfahren hat. Die tüchtigsten und bestbezahlten Arbeiter der ersten Lohnklasse seien zum großen Teil zum Heeresdienst eingezogen; infolgedessen sei das Prozentverhältnis ihrer Zahl zur Gesamtbelegschaft schon merklich gegen früher verändert, an die Stelle der Hauer seien junge Schlepper und Wagenstoßer getreten, die Verwendung jugendlicher und weiblicher Arbeiter habe erheblich zugenommen, ungelernte Arbeiter seien in großer Zahl eingestellt worden. Infolge der geringeren Leistungsfähigkeit der Belegschaft sei daher der Durchschnitt der Löhne niedriger, als er sich für Arbeiter mit normaler Leistungsfähigkeit ergeben würde.

Wenn man lediglich die Löhne der Hauptarbeiterklasse, der eigentlichen Hauer, in den Saarbrücker staatlichen Gruben, die etwa ein Drittel der Gesamtbelegschaft umfassen, vergleicht, so ergibt sich, daß die Durchschnittslöhne von August 1914 bis November 1917 von 4.70 Mark auf 11.32 M. gestiegen sind. Allerdings geht aus der Uebersicht nicht hervor, welche Anforderungen in bezug auf die Arbeitsleistung an die Bergarbeiter gestellt sind. Jedenfalls steht soviel fest, daß die Löhne in den staatlichen Betrieben weit hinter denen in zahlreichen Privatindustrien zurückbleiben.

Letzte Lokal- und Provinznachrichten.

Halle, 6. Februar 1918.

Bekanntmachung.

Der Verkauf der der Stadt überwiesenen Inlandeier wird am Donnerstag, 7. Februar in der Talamtschalle fortgesetzt. Zugelassen werden die Nummern 45 501 bis 46 500 der Lebensmittelscheine. Vormittags 8½ bis 12 Uhr. Ein Ei kostet 33 Pfg. Umtausch nur innerhalb 8 Tagen. Zur Beschleunigung ist abgezähltes Geld, vor allem Kupfergeld, bereit zu halten.

An die Haushaltungen mit Kindern vom vollendeten 6. bis 12. Lebensjahre kommt Quark zum Verkauf. Er erfolgt auf Grund des Abschnittes 1 des Einkaufscheins über Molkereierzeugnisse am Donnerstag, 7. Februar, vormittags 8 bis 12 Uhr in den beiden Molkereigeschäftsstellen der Uehmberger Molkerei, Schulstraße 18 und Rannische Straße 20/21 an die Nummern 1 bis 3500. Haushaltungen, die ihren Einkaufschein für Molkereierzeugnisse noch nicht erhalten haben, werden nachträglich zugelassen. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Jedes Kind erhält 200 Gramm für 25 Pf. Gefäße sind mitzubringen.

Eisleben. Zur städtischen Kohlenversorgung wird vom Kriegswirtschaftsamt folgendes mitgeteilt: In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß Haushaltungen erklären, ihr Kohlenvorrat gehe zu Ende und es sei unmöglich, mit den 20 oder 40 Zentnern in einem Jahre auszukommen. Es wird dann von den Antragstellern der Standpunkt eingenommen, es müßten ihnen weitere Kohlenmengen zugebilligt werden, sterben könnten sie doch nicht. Demgegenüber verweisen wir auf unsere Bekanntmachung vom 9. 9. 1917, worin wir zur Anmeldung des Mehrbedarfs über 40 Zentner aufforderten. Wer nun diese Gelegenheit versäumt hat, kann nicht erwarten, daß seinetwegen andere, die der Aufforderung entsprechend ihren Mehrbedarf pünktlich geltend gemacht haben, in ihren berechtigten Ansprüchen gekürzt werden sollen. Eine Nachbewilligung ist aber darum auch unmöglich, weil die Stadt Eisleben nur auf Grund des seinerzeit weiter gemeldeten Mehrbedarfs von den Werken belieferet wird. Und das auch nur mit erheblichen Einschränkungen. Wer also damals die Anmeldung des Mehrbedarfs versäumt hat und jetzt mehr Heizmittel verbraucht hat als er durfte, muß seine Kohlenvorräte durch Verbrauch von Brennholz strecken oder nur Holz verbrauchen, bis erst mal sämtliche Haushalte die ihnen zustehenden 40 Zentner erhalten haben. Dies dauert aber noch geraume Zeit.

Bekanntmachung,
betr. den Absatz von Soda und Aetznatron.

Auf Grund der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 18. Dezember 1917, betreffend Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung über Aetzkalien und Soda vom 16. Oktober 1917, wird bestimmt:

I. Der Absatz von Soda und Aetznatron jeder Art (kalzinierte Soda, kristallisierte Soda, Aetznatron in fester und flüssiger Form, auch Aetznatronabfallauge) ist nur gestattet an Personen oder Firmen, welche sich durch einen im Lieferungsmonat über die angeforderte Menge gültigen Zuteilungsschein als bezugsberechtigt ausweisen.

II. Erzeuger und Händler dürfen Soda und Aetznatron an solche Händler abgeben, welche den Verpflichtungsschein der Zentralstelle für Aetzkalien und Soda für das Jahr 1918 unterzeichnet haben. Händler dürfen Soda und Aetznatron an Verbraucher nur auf Zuteilungsschein abgeben, an einen anderen Händler (Zwischenhändler) nur, wenn der Zwischenhändler nachweist, daß bezugsberechtigte Verbraucher die angeforderte Menge Soda oder Aetznatron bei ihm unter Vorlegung der Zuteilungsscheine bestellt haben.

III. Erzeuger und Händler haben zu Beginn jeden Monats über die im Vormonat bezogenen und an die einzelnen Abnehmer abgelieferten Mengen Aufstellungen an die Zentralstelle für Aetzkalien und Soda, Abteilung für Soda und Aetznatron, Berlin W 9, Eichhornstraße 4, einzusenden.

IV. Von den vorstehenden Beschränkungen wird nicht betroffen:
1. der Absatz von Soda und Aetznatron, gereinigt und chemisch rein,
2. der Absatz derjenigen Mengen Kristallsoda, welche zur Zeit des Erlasses dieser Bekanntmachung bereits vom Erzeuger in Verkehr gebracht waren und welche von den Erzeugern künftig als verkehrsfreie Ware abgegeben werden.

Berlin, am 24. Januar 1918.

Zentralstelle für Aetzkalien und Soda.
Dr. Horney.

Bekanntmachung.

Der im Dienste der Heeresverwaltung befindliche Hilfsdienstpflichtige Karl Streich ist zum Polizeibeamten auf Widerruf ernannt und verpflichtet worden. Er besitzt somit die Berechtigung zur Wahrnehmung polizeilicher Befugnisse.

Halle, am 2. Februar 1918.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung
betreffend Meldepflicht für Bestände an Soda, Aetznatron, Pottasche und Aetzkali.

Auf Grund der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 18. Dezember 1917, betreffend Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung über Aetzkalien und Soda vom 16. Oktober 1917, wird bestimmt:

I. Bis zum 8. Februar 1918 sind alle Bestände, welche am 1. Februar 1918 an kalzinierter Soda, Aetznatron in fester und flüssiger Form, Pottasche und Aetzkali in fester und flüssiger Form vorhanden sind, soweit der Vorrat 100 kg übersteigt, anzumelden.

II. Zur Meldung verpflichtet sind alle natürlichen und juristischen Personen, welche Eigentum oder Gewahrsam an meldepflichtigen Gegenständen haben.

III. Die Meldungen sind zu richten:
1. für Soda, Aetznatron und Natronlauge an die Zentralstelle für Aetzkalien und Soda, Abteilung für Soda und Aetznatron, Berlin W 9, Eichhornstraße 4,
2. für Pottasche, Aetzkali und Aetzkalilauge an die Zentralstelle für Aetzkalien und Soda, Abteilung für Pottasche und Aetzkali, Berlin W 10, Regentenstraße 23.

Berlin, am 24. Januar 1918.

Zentralstelle für Aetzkalien und Soda.
Dr. Horney.

Alte, abgespielte auch 511] zerbrochene
Grammophon-Platten
kauft zu festgesetzten Preisen ohne Gegenkauf
Gustav Uhlig
Uhren u. Musikwerke,
untere Leipziger Str.
Sonntag geöffnet von 7,30 bis 9,30 Uhr vorm. und mittags von 11,30 bis 1,30 Uhr.

Buchhandlung der Volksstimme
Fernsprecher 5407 HALLE Gr. Ulrichstraße 27

Empfehlenswerte Schriften belehrenden und unterhaltenden Charakters:

Die Gleichheit Zeitschrift zur Verfechtung der Interessen der schaffenden Frau. Einzelnummer . . . . . 10 Pf.

In freien Stunden Wochenschrift, enthaltend spannende Romane und interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von . . . . . 15 Pf.

Der Wahre Jacob Illustrierte politisch-satirische Wochenschrift, die einzelne Nummer . . . . . 15 Pf.

Berliner Illustrierte Zeitung Einzelnummer . . . . . 10 Pf.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek herausgegeben unter Leitung von Dr. med. Zadek. Ca. 50 verschiedene Bändchen . . . . . à 20 Pf.

Dokumente zum Weltkrieg Bearbeitet von Eduard Bernstein

Reichhaltige Roman-Bibliothek der beliebtesten Autoren.

Für die Schneiderei:
Modenzeitung / Frauenzeitung / Praktische Damenmode Hausschneiderei / Sonntagszeitung, Deutsche Modenzeitung

Wir haben unsere Tätigkeit mit dem 1. Februar 1918 aufgenommen.
Geschäftsstelle u. Bureau G. Vester
Hauptgüterbahnhof.
Fernsprecher 7901.
Geschäftsstelle: 7—12 und 2—7 Uhr.
Arbeiterausgleich- u. Fuhramt Halle
G. m. b. H. [856

Preiswerte
Damen-Kleidung
Kostüme □ Blusen □ Röcke □ Mäntel
Kleider
finden Sie in schöner großer Auswahl in allen 473] Preislagen in unserem Kaufhaus
Damenhüte, garniert und ungarniert, in kleidsamen Formen.
H. Elkan, Leipziger Str. 87.

Hallescher Hausfrauenbund (E. V.)
Rathausstr. 17 I — Geöffnet täglich von 10—12 Uhr
Kochkisten-Verkauf
(Stück von 6.50 M. an)
und Beratung
Verkauf von Petroleum-Sparlampen zum Preise von 15 Pf. das Stück.
Anleitung zur Herstellung von Hausschuhen.
Unterrichtsgeld 1 Mark, für Mitglieder 30 Pf.

3 Könige
Varietee / Kl. Klaußstr. 7
Das neue glänzende Programm!
Jede Nummer ein Schlager!

Echte Porzellan
Kaffeeservice
mit hübschen Malereien sehr billig
C. F. Ritter
Leipziger Straße 90.

Stadt-Theater
Donnerstag, 7. Februar:
Anfang 7,30 Uhr Ende 10,15 Uhr
Jugendfreunde
Lustspiel von Fulda.
Freitag: Othello.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180206-13/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 31. **Halle, Mittwoch den 6. Februar 1918.** **2. Jahrgang.**

Halle und Saalkreis.

Halle, 6. Februar 1918.

Reformiert die Gemeindeverfassung!

Im Interesse des inneren Friedens.

In Frankfurt a. M. hatte unsere Stadtverordnetenfraktion zur Neuordnung der Gemeindeverfassung folgenden Antrag eingebracht: „Stadtverordnetenversammlung und Magistrat mögen bei der Kgl. Staatsregierung dahin vorstellig werden, daß sie dem Landtage schleunige Vorlage macht wegen: 1. Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für alle mündigen Einwohner ohne Unterschied des Geschlechts für die Gemeindevertretungen sowie die Kreistage; 2. Beseitigung des Hausbesitzerprivilegs in den städtischen Vertretungen; 3. Aufhebung des Bestätigungsrechts für gewählte Gemeindeorgane; 4. Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Anfechtung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinden vor den ordentlichen Gerichten in allen Städteordnungen und Landgemeindeordnungen."

Ein Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei bewegte sich mit einigen Abweichungen in gleicher Richtung. Nur wollte er das Wahlrecht statt von 21 Jahren an, erst im 24. Lebensjahre, und statt nach halbjährlichem Gemeindeaufenthalt bei einjährigem Wohnsitz gewähren.

Im Namen des Magistrats erklärte der Oberbürgermeister Voigt, daß der Magistrat den Grundgedanken der beiden Anträge vorbehaltlos zustimme. Wer den inneren Frieden in unserem Vaterlande erhalten wolle, müsse für eine Reform der Gemeindeverfassungsgesetze eintreten. Ohne Aufhebung des Zensus seien nicht nur viele Frauen, sondern auch Kriegsbeschädigte nicht wahlberechtigt. Der Magistrat habe sich aus Gründen der Gerechtigkeit für das Frauenwahlrecht erklärt. Er sei für die Aufhebung des Hausbesitzerprivilegs und für die Wählbarkeit der Gemeindebeamten. Auch der Aufhebung des Rechts des Königs auf Ernennung des Ersten Bürgermeisters und auf Bestätigung des Zweiten Bürgermeisters stimme er zu. Die Stadtverordneten-Versammlung müsse das Recht zu selbständigen Eingaben haben, das staatliche Aufsichtsrecht sei wesentlich einzuschränken.

Mit großer Mehrheit wurde folgende Formulierung angenommen: „Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Stellungnahme des Magistrats, die mit den Grundsätzen der Anträge der Fraktionen der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie übereinstimmt, und ersucht den Magistrat, gemeinschaftlich mit ihr in einem gemischten Ausschuß, bestehend aus 7 Stadtverordneten und 6 Magistratsmitgliedern, die Eingabe an die Kgl. Staatsregierung und die beiden Häuser des Landtags fertigzustellen."

Wir hoffen, daß es demnächst auch in Halle zu einem solchen Vorstoß kommt, wozu die bevorstehenden Etatsberatungen die allerbeste Gelegenheit bieten. Hoffen aber auch, daß sich hierbei sowohl die liberalen Vertreter wie der Magistrat zu einer gleichen Stellungnahme wie in Frankfurt bewegen lassen. Denn erstens wüßten wir nicht, weshalb die Frankfurter Liberalen fortschrittlicher sein sollten als die Halleschen, zweitens haben wir doch einen liberalen Oberbürgermeister und drittens bestehen in Halle mindestens die gleichen Rücksichten auf den inneren Frieden wie in Frankfurt. Vielleicht können wir deshalb auch bald von uns aus berichten, daß Halle ebenfalls für eine Demokratisierung des Gemeindewahlrechts und die Erweiterung der städtischen Selbstverwaltung eintritt. Ja, vielleicht dürfen wir sogar hoffen, den Oberbürgermeister im Herrenhaus in dieser Richtung tätig zu sehen!

Unzureichende Entlohnung der Lehrlinge.

Lehrlinge, verlangt höheren Lohn! Dieser Ruf, der jüngst schon in unserem Blatt erging, verdient, noch einmal erhoben zu werden. Er ist wichtig und dringend genug. Wieviel sorgenvolle Mütter, insbesondere Kriegerfrauen, mag es im Reiche geben, die sich den Kopf zerbrechen und das Herz zerquälen, weil die Vergütung für den lernenden Sohn so gering ist, daß sich kaum die Stiefelsohlen und das trockene Brot davon aufbringen lassen, von den teuren Lebensmitteln und der unerschwinglichen Kleidung ganz zu schweigen. Deshalb muß immer wieder betont werden: Lehrlinge und Lehrlingseltern, verhandelt mit den Meistern um eine bessere Entlohnung!

Weitblickende Führer der Handwerker verlangen selbst mehr Lohn für die Lehrlinge. Auch Lehrer schließen sich dieser Forderung an. So schreibt der Fortbildungsschuldirektor J. Heimann in Münster i. Westf.:

Die Volksstimme zu abonnieren

hat jetzt jeder denkende Arbeiter mehr denn je Anlaß!

Warum?

Diese Frage wird sich jeder klassenbewußte Proletarier selbst beantworten können. Die Schwere dieser Zeit und die Aufgaben, die ihrer harren, sind es, die ihn dazu bewegen müssen.

Arbeiter! Gewerkschaftler!

Abonniert eure Zeitung, werbt und agitiert für die

„Volksstimme"

„Das Handwerk muß sich zu einer, wenn auch bescheidenen Entlohnung der Lehrlinge bequemen . . . Der deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag stellt in seinen letzten Beschlüssen eine durchgreifende Neuregelung einer den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechenden Entlohnung der Lehrlinge" als notwendig hin." Der Fortbildungsschuldirektor Heimann weist an Zahlen aus Münster, Hagen, Köln, Homburg nach, die sich für die Berufe, die ihre Lehrlinge ganz kümmerlich zu entlohnen pflegen, nur noch wenig Nachwuchs meldet. Die Verdienstaussichten bestimmen eben die Berufswahl. In den meisten Fällen sind aber die Handwerker und die sonstigen Betriebe jetzt derart auf die Lehrlinge angewiesen, daß diese fast immer mit Erfolg in eine „Lohnbewegung" eintreten können. Gewerkschaftliche Freunde werden ihnen dabei sicher mit Rat und Tat beistehen. Der Verdienst der Unternehmer läßt aber in der Regel auch eine beträchtliche Aufbesserung zu. Also stellt eure Forderungen! Mutter kann die Groschen brauchen.

In der Tat gibt es heute noch eine große Anzahl von Lehrlingen, deren „Kostgeld" genau noch so jämmerlich niedrig bemessen ist, wie im Frieden und daher nicht einmal für die Beschaffung der Mittagskost reicht. Dazu kommt, daß Kleidung und Schuhwerk um mehrere hundert Prozent im Preise gestiegen, in der Qualität dagegen viel schlechter und daher weniger haltbar geworden sind. Der Lehrling wird daher zur drückenden wirtschaftlichen Last der Eltern. Vater, Mutter und Geschwister müssen in erhöhtem Maße darben, um die Unkosten für den Lehrling bestreiten zu können, der für einen Kinderlohn bei einem Fremden schuftet. Der Ruf nach einer höheren Bezahlung der Lehrlinge ist daher nur allzu sehr berechtigt.

* **Zur Ersparnis von besonderen Konfirmandenkleidern** gibt der Magistrat folgendes bekannt: Die Reichsbekleidungsstelle hat das Kultusministerium ersucht, durch unsere Geistlichkeit, die schon in verschiedener Richtung aufklärend gewirkt hat, dafür einzutreten, daß im dringenden Interesse der Stoffersparnis auf die im Frieden übliche Festkleidung bei den Einsegnungsfeiern verzichtet wird und daß vielmehr — ohne der Würde der Feier Abbruch zu tun — im Gebrauch befindliche Kleidungsstücke verwendet werden, wenn sie nur sauber und im ordentlichen Zustande sind. Der Hamburger Kirchenrat hat mit gutem Erfolge den Konfirmanden empfohlen, zur Einsegnungsfeier Anzüge zu tragen, die sich auch später als Berufskleidung verwenden lassen. Die Weihe, die von der Einsegnungsfeier ausgeht, ist so groß, daß ihre Würde durch äußere Dinge nicht zu leiden vermag. Die innere Bereitschaft allein entscheidet. Sie verleiht der Feier ihre einzigartige Bedeutung, nicht das äußere Gewand.

* **Teilweise Bahnsteigsperre.** An Sonn- und Feiertagen werden bis auf weiteres weder an den Schaltern noch von den Automaten Bahnsteigkarten verausgabt. Dagegen kann an diesen Tagen den Begleitern von Blinden, Gelähmten, taubstummen Kindern usw. auf dem Wege von oder nach dem Zug das Betreten und Verlassen der Bahnsteige ohne Lösung einer Bahnsteigkarte gestattet werden.

* **Die Zugverbindungen der Hettstedter Bahn.** Nach dem neuen Fahrplan der Halle—Hettstedter Bahn gehen täglich wieder 8 Züge von Halle ab. Darunter befinden sich 2 bis Hettstedt, ab Halle vorm. 9 und nachm. 2 Uhr; von Hettstedt treffen die Züge vorm 7.22 und abends 8.17 in Halle ein. Die meisten Züge verkehren bis Station Heide, auch richten sich die Züge nach dem Schulbesuch in Halle. Von Gerbstedt—Friedeburg geht täglich ein Zug, ab 12.50, der 1.50 wieder von Friedeburg zurückkehrt.

* **Neue Preiserhöhung für Kohlen?** Nach der Dortmunder Zeitung hat das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat zum 1. April Preiserhöhungen für Kohlen beim preußischen Handelsminister beantragt. Die Verhandlungen über den Umfang der Erhöhung seien noch nicht abgeschlossen. Bereits zum 1. Januar war das Kohlensyndikat mit Preiserhöhungswünschen an die Regierung herangetreten, die damals indes die Anträge abschlägig beschieden hatte.

* **Strenge Strafen für gewerbsmäßige Schleichhändler in Sicht.** Die Kölnische Zeitung meldet aus Berlin: In der letzten Beiratssitzung des Kriegsernährungsamtes Mitte letzten Monats hatte der Staatsanwalt Falk die Erlassung strenger Strafen (Gefängnis und in Wiederholungsfällen Zuchthaus) für gewerbsmäßige Schleichhändler in Aussicht gestellt. Wie der Kölnischen Zeitung von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist die Vorlage fertiggestellt und unterliegt gegenwärtig der Begutachtung der zuständigen Stellen. Voraussichtlich wird sie Ende dieses Monats bereits in Kraft treten.

* **Keine zwangsweise Zusammenlegung der Schuhgeschäfte.** Der Hauptverteilungsausschuß des Schuhhandels hat, wie der Schuhmarkt meldet, von der Zusammenlegung der Schuhgeschäfte oder, richtiger gesagt, der Nichtbelieferung von Schuhgeschäften Abstand genommen. Schon in den nächsten Tagen werden den Gesellschaftern der Schuhhandelsgesellschaften Fragebogen übersandt, die vier verschiedene Vorschläge enthalten, unter denen sie die Wahl treffen können. Es würde sich dann um freiwillige Maßnahmen des Schuhhandels handeln, u. a. Verzicht auf Zuteilung gegen eine bestimmte Entschädigung; Lieferung von Schuhwaren nur alle drei Monate; gemeinschaftlicher Bezug und Verkauf von Waren an einem Orte durch mehrere Schuhhändler und Verkauf des Bezugsrechts an einen anderen Schuhhändler nach Genehmigung des Hauptverteilungsausschusses.

Parvus und Trotzki in der russischen Bastille.

Ich lachte, scherzte mit dem Aufseher, sah mich belustigt um. Im unteren Gang traf ich zwei Damen, die aus den Gemächern der Direktion herauskamen. Sie waren furchtbar aufgedonnert und aufgeputzt. Ich sah ihnen lächelnd zu. Wie albern sie dahertrippelten! Welch alberne Gedanken staken in den kurzen Schädeln unter den Haarwulsten! Aber wie sie von dem Bewußtsein ihres Wertes erfüllt waren, von der Bedeutung der Nichtigkeiten, die ihr Leben ausmachten! Die Erinnerung kam mir an ein italienisches Bild, das ich einmal auf einer Ausstellung sah: Arbeiterinnen in den Reisfeldern. Die gebückten Mädchen in farbigen Röcken sahen aus der Ferne wie große bunte Vögel aus. Wenn man diese Damen in die Reisfelder versetzen würde, wie würden sie da aussehen? Ich mußte lachen über den komischen Anblick.

Im Kontor apostrophierte ich ironisch-ernst die Beamten, die über mein Guthaben bei der Gefängnisverwaltung nicht abrechnen konnten, weil der Kassierer abwesend war.

„Ihr werdet die Rechnung zahlen müssen, bis auf den letzten Heller! Nichts soll Euch vergeben werden! Wartet nur, wir werden es schon erreichen! Und wir werden nichts vergessen, nicht das Geringste!"

„Was können wir? Wir führen bloß aus, was man uns befiehlt!" meinten da die Gendarmen, die meiner harrten.

Es waren zwei baumlange Kerle.

Indessen bemerkte ich in einer Ecke Freund Trotzki, der sich über ein großes Bündel bückte. Ich eilte zu ihm und ergriff ihn beim Arm. „Trotzki?" Wir umarmten und küßten uns.

Er hat sich sichtbar erholt im Gefängnis. Nach den schönen, aber auch so aufreibenden Novembertagen — tags über in der Zeitung, in zahllosen Sitzungen, in Volksversammlungen, nachts in den Sitzungen des Arbeiterdelegiertenrats, die bis 3 Uhr nach Mitternacht und später dauerten, Sonntags auf der großen Agitation in den Fabriken und unter freiem Himmel — nach all dieser Hast und Nervenanspannung hat er im Gefängnis ausgeruht. Das Gesicht bekam wieder Farbe. Doch wollte mir dieses Bläulichrot nicht recht gefallen. Es war etwas Fieberhaftes darin, das überreizte Nerven verriet.

Wir hatten uns eine Menge zu berichten. Ich erzählte von den Dezemberkämpfen, er von der denkwürdigen Sitzung des Arbeiterdelegiertenrates am 2. Dezember. In unserem eifrigen Gespräch — erst im Gefängniskontor, dann auf dem langen Weg zur Festung, da man uns in der gleichen Equipage fuhr — achteten wir kaum noch der Dinge um uns. Wir ließen unsere Tätigkeit im Natschalo und in der Rußkaja Gazeta Revue passieren, die politischen Pläne, die wir gemeinsam durchdachten, und den Abschluß, den sie fanden. War das schon zu Ende? Nein, durchaus nicht, die Revolution befand sich im vollen Gange. Den Konstitutionell-Demokraten werde es nicht gelingen, ihr die Spitze abzubrechen, dessen waren wir sicher. Wenn sie sich der Regierung ausliefern wollten unter unvermeidlichem Verrat der Demokratie, so würden sie ihre Stützen im Volke verlieren, dessen Stimmung deutlich genug bei den Wahlen zum Ausdruck kam. Sie würden damit für uns vorarbeiten und schließlich dem Volksingrimm weichen müssen. Würden sie aber in eine scharfe Opposition zur Regierung treten, so würden sie damit die Reichsduma zum Mittelpunkt der revolutionären Agitation machen — ein Bruch mit der Regierung würde dem unbedingt nachfolgen und als weiteres Ergebnis — der revolutionäre Volksaufstand.

Trotzki meinte, die Existenz der ersten Reichsduma sei von sehr kurzer Dauer, vielleicht werde sie schon am Tage ihres Zusammentritts aufgelöst, oder man läßt sie gar nicht zusammenkommen. Mir dünkte es wahrscheinlicher, daß die Regierung zunächst sich mit der Reichsduma einzurichten sucht. Wir hätten also wieder eine liberale Aera vor uns, während welcher die revolutionäre Volksmasse eine politische Schulung durchmachen und sich organisieren würde. Ein Bruch mit der Regierung war auch in diesem Falle unvermeidlich und Schlußergebnis — revolutionärer Volksaufstand. Doch gab ich auch die Möglichkeit einer sofortigen Auflösung der Reichsduma zu.

Weder die Regierung noch die Reichsduma waren imstande, die politischen und die großen sozialen Probleme zu lösen, die die Revolution zum Durchbruch gebracht hatte. Das blieb in allen Fällen die Hauptsache. Die Revolution nahm gebieterisch ihren Lauf, sie konnte nicht mehr eingedämmt werden. Sie konnte nur noch ihren Abschluß finden dadurch, daß die Kräfte, die sie aufwirbelte, sich gegenseitig aufrieben und eine Richtung vorherrschen ließen. Dazu brauchte es noch lange Zeit.

Wenn wir nicht durch politische Amnestie freigelassen werden, so wird uns das revolutionäre Volk befreien. Je später wir aus der Festung herauskommen, mit desto größerem Triumph kommen wir aus ihr heraus.

„Trotzki, wenn wir raus sind, müssen wir uns noch am gleichen Abend treffen, und am nächsten Tage schon gibt es eine Arbeiterzeitung. Wir beide bleiben zusammen.

„Ich wünsche nichts sehnlicher, als das."

Wir nahten der Festung. Schon sahen wir ihr großes Tor. Auf meiner Seite, rechts, las ich in großen Lettern die Zahl 47.

„Trotzki, hier ist 47, was lesen Sie auf Ihrer Seite?"

„Siebzehn."

Also 1747. Das war das Jahr der Erbauung der Festungsmauer. Ueber anderthalb Jahrhunderte schon stand die Festung! Wieviel erstickte Leiden barg sie in sich?!

Wir fuhren durch ein zweites Tor. Dann ziemlich lange über eine breite Chaussee, die auf beiden Seiten von schattigen Baumalleen umrahmt war. Dann durch Seitenstraßen an Kasernen, Stallungen und andern Gebäuden vorbei. Die Festung entfaltete sich vor uns in solchen Dimensionen und einer solchen Mannigfaltigkeit, daß sie wie eine Stadt für sich erschien. Endlich hielt unser Gefährt von einem eisernen Gittertor. Hinter dem Tor zeigte sich ein niedriges zweistöckiges Gebäude. Vor dem Hause auf einer Bank saßen mehrere Gendarmen. Das war unser Gefängnis.

Trotzki wurde zuerst abgeführt. Wir verabschiedeten uns zärtlich und drückten uns kräftig die Hand. „Auf Wiedersehen!" Das Herz zuckte mir zusammen. Es war mir, als wenn mit diesem Abschied der letzte Faden riß, der jeden von uns mit der Außenwelt verband. Ein ähnliches Gefühl muß es sein, wenn man eine große Ozeanfahrt antritt. Der letzte Händedruck, noch spürst du ihn warm in deiner Hand, aber schon setzte sich das große Ungeheuer in Bewegung, eine Wasserflut trennt dich von deinen Freunden und Lieben, du hast sie vor Augen und kannst sie nicht mehr erreichen, ihre Stimme verhallt, bald werden dich Wasserberge und ungeheure Wasserflächen von der Welt trennen, der du mit deinem ganzen Wesen angehörst!

Allein! Ich fühlte mich von der ganzen Welt losgelöst.

*

Soweit die Parvusschen Erinnerungen, denen noch hinzugefügt sei, daß Trotzki schließlich zu lebenslänglicher Verbannung nach Sibirien verurteilt wurde, von wo er nach Amerika entfloh. Später kam er nach Europa zurück, hielt sich in der Schweiz, Frankreich und Deutschland auf und knüpfte überall Beziehungen an. Bei Kriegsausbruch befand er sich in Paris, wo sein Blatt alsbald verboten und er selber ausgewiesen wurde. Mit Hilfe der spanischen Sozialisten rettete er sich abermals nach Amerika. Doch kehrte er sofort bei Ausbruch der Revolution im März 1917 über Norwegen nach Rußland zurück, wurde hier von Kerenski verhaftet, aber alsbald wieder freigelassen. Auf dem sogenannten allrussischen Kongreß, der sich beim Ausbruch der Bolschewikirevolution im November an Stelle des bisherigen Vorparlaments als die einzige nationale Vertretung erklärte, wurde Trotzki zum Präsidenten gewählt. Die Bolschewikiregierung übertrug ihm die Leitung des Auswärtigen Amts, in welcher Stellung er sofort zur Einleitung von Friedensverhandlungen schritt.

Sein früherer Schicksals- und Kampfgenosse Parvus, der 1906 aus Rußland entflohen war, hielt sich unterdessen meist in Deutschland und den Balkanländern auf und befindet sich zur Zeit ebenfalls wieder in Petersburg.

Auf den Trümmern der Bastille steht die Revolution.

Ende.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180206-13/fragment/page=0005

* **Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft.** Von Donnerstag, 7. Februar, an beginnt der Verkauf der folgenden Gemüsesamen: Weißkohl, Rosenkohl, Salat, Zwiebelsamen. Bei der ganz außergewöhnlichen Knappheit der Gemüsesamen können nur Portionen zu je 5 Gramm abgegeben und lediglich nur ausnahmsweise größere Mengen gegeben werden. Die übrigen Sämereien treffen ebenfalls im Laufe dieses Monats ein und werden jeweils angezeigt. Die Sämereien werden nur unter Vorweisung der Ackerkarte abgegeben; es hat keinen Zweck, ohne diese Sämereien beziehen zu wollen. Gleichzeitig sei darauf hingewiesen, daß noch Kalidünger zur Verfügung steht.

* **Ueber die geplante Errichtung von Gartenstadtanlagen,** von denen wir schon vor einiger Zeit ausführlichere Mitteilungen machen konnten, hat am Montag der Vorsitzende des hiermit hervortretenden Bauvereins für Kleinwohnungen, Stadtverordneter Balke, in öffentlicher Versammlung gesprochen. Hiernach beabsichtigt dieser Verein, wie in teilweiser Wiederholung nochmals gesagt sei, den Bau von mehr als 300 Wohnungen. Darunter soll sich eine Gartenstadtanlage mit Kleinhäusern neben dem Bergmannstrost befinden. Diese Anlage soll für 200 Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern eingerichtet werden. Spielplatz und andere praktische Einrichtungen enthalten. Ferner soll der Platz vor der Johannisschule in der Liebenauer Straße bebaut werden und 70 Wohnungen mit 2 und 3 Zimmern umfassen, auch eine Lesehalle für Erwachsene und Kinder ist vorgesehen. Ueber die Bebauung eines Teiles des Roßplatzes mit Ein- und Zweifamilienhäusern schweben noch Verhandlungen mit dem hiesigen Magistrat. Diese Projekte erfordern einen Aufwand von mehreren Millionen Mark. In finanzieller Hinsicht ist das Unternehmen dadurch gesichert, daß die staatlichen Behörden die Gelder zu einem mäßigen Zinsfuß leihen. Außer dem „Mietshaus" wird von jetzt an auch das kleine „Erwerbshaus" gebaut werden, das durch geringe Abzahlungen — monatlich von 2 M. an — nach und nach Eigentum des Mitgliedes des Vereins wird und dessen Familie erhalten bleibt. Das eingezahlte Geld gilt als sichere Kapitalanlage; jede Befürchtung ist vollständig ausgeschlossen. Man will hierdurch die minderbemittelten Klassen wohnbeständig machen und ihnen durch Bewirtschaftung von Gärten, Acker und etwas Vieh Vorteile verschaffen.

* **Von den Riebeckschen Montanwerken wird berichtet:** Die Gesellschaft hat in den ersten neun Monaten des am 31. März abschließenden Geschäftsjahres wohl günstig gearbeitet und dementsprechende Ergebnisse erzielt. Da die Aussichten und die Beschäftigung zufriedenstellend bleiben, so ist, falls keine besonderen Zwischenfälle eintreten, mit einem Ergebnis zu rechnen, das dem vorjährigen keinesfalls nachstehen wird. (Im Vorjahre wurden 15 Prozent verteilt.)

* **Wichtig für Wäschereien und Plättereien.** Seit 1. Februar wird Kartoffelmehl im allgemeinen an die Wäscherei- und Plättbetriebe nicht freigegeben. Anstelle dessen wird Snehella-Feinstärke geliefert. Anträge sind an die Stärkeverteilungsstelle für das Wäscherei- und Plättgewerbe, Berlin S. 59, Boppstraße 7, zu richten.

* **Unanbringliche Pakete.** Die Zahl der überzähligen Pakete ist bei der Post von Monat zu Monat auffällig gestiegen. Bei sehr vielen Paketen fällt infolge schlechter Beschaffenheit des Leimes die Adresse ab und der Empfänger des Pakets ist nicht zu ermitteln, wenn der Absender nicht die Vorsichtsmaßregel gebraucht hat, eine zweite Adresse in das Paket einzulegen. In sehr vielen Fällen wird diese Vorsicht noch immer nicht gebraucht, so daß noch immer sehr viele Pakete als unanbringlich versteigert oder wenn der Inhalt verdorben ist, vernichtet werden müssen. Die Paketannahmestellen werden nunmehr angewiesen, mit allem Nachdruck dafür zu sorgen, nur Pakete anzunehmen, die mit einer haltbar befestigten Aufschrift versehen sind. Es empfiehlt sich daher, die Adresse, wenn möglich, direkt auf der Umhüllung der Pakete anzubringen.

* **Ueberfahren.** Beim Aufspringen auf einen Güterzug rutschte die Aushilfsschaffnerin Marie Kürbitz vom Güterbahnhof Halle auf der Station Klitzschmar so unglücklich ab, daß ihr vom Zuge das linke Bein bis ans Knie abgefahren wurde. Die Verunglückte wurde mit dem nächsten Zuge nach Halle gebracht und dort der Klinik eingeliefert.

Döllnitz. Industrielles. Bohrungen nach Braunkohle werden gegenwärtig in hiesiger Feldmark unweit der Neuanlage der Grube Hermine Henriette 2 ausgeführt; sie werden dann in Lochauer Flur weiter fortgesetzt, um hier über das Kohlenlager genaue Grundlagen zu erlangen. Auch bei diesen Arbeiten sind Frauen mit tätig. — Die seit fast drei Jahren bestehende Kartoffelflockenfabrik der Gebrüder Schulze hier — Döllnitzer Brauhaus —, die durch Anschluß der Mahlanlagen auch in der Lage ist, Kartoffelwalzmehl herzustellen, hat eine wesentliche Vergrößerung erfahren. Die Neuanlage mit den erforderlichen Maschinen, die in den ersten Tagen des Februar in Betrieb gesetzt werden, vermag die Leistungsfähigkeit des gesamten Trocknungsgewerbes auf eine tägliche Verarbeitung von 1000 Zentner Kartoffeln zu erhöhen.

Osendorf. Eingebrochen wurde in ein Wohngebäude der von den Riebeckschen Montanwerken angekauften Ziegeleien. Die Diebe gelangten durch Eindrücken einer Fensterscheibe in das Innere des Gebäudes, das zwar noch nicht bewohnt war, in dem aber bereits Hausmobiliar und Küchengerät untergebracht war und entwendeten eine Anzahl Töpfe.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Die Ausstellung alter Handarbeiten erfreut sich dauernd eines sehr regen Besuches und eines allgemein großen Interesses des Publikums an Halleschem Kunstbesitz. Die fortgesetzt zahlreiche Beschickung von weiteren sehr beachtenswerten Kunstgegenständen hat eine recht erfreuliche Vervollständigung der Ausstellung herbeigeführt. Dem vielseitigen Wunsche nach Verlängerung der Ausstellung kann wegen anderweitiger Belegung der Räume leider nicht entsprochen werden. Es wird deshalb nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Ausstellung am Sonntag, 10. Februar, nachmittags 6 Uhr, geschlossen wird und daß nicht versäumt werden möchte, die seltene Gelegenheit noch wahrzunehmen, diesen auserlesenen Kunstbesitz Hallescher Privatkreise kennen zu lernen.

*

Die letzten Vorstellungen des Puppenspiels „Dr. Faust" finden am Mittwoch und Sonnabend, nachmittags 5 Uhr, statt.

Aus der Provinz.

Forderungen der Bergarbeiter.

Um ungeregelte, die Kriegswirtschaft und die Arbeiter schädigende Wirkungen hintanzuhalten, haben die Vorstände der vier Bergarbeiterorganisationen den Arbeiterausschüssen empfohlen, von den Werksverwaltungen Lohnerhöhungen zu fordern. Der Lohn für Hauer und Lehrhauer soll ausschließlich Kindergeld und etwaiger anderer Teuerungszulagen 13.50 M. für die Schicht betragen; erwachsene männliche Schichtlöhner über und unter Tage sollen 1.50 M., weibliche Arbeiter 1 M., Jugendliche 0.75 M. Lohnerhöhung erhalten; das Kindergeld soll verdoppelt werden. Im Falle der Nichtbewilligung wird die Anrufung der Schlichtungsausschüsse empfohlen; weitere Schritte dürfen nur mit Einverständnis der Organisationsleitungen unternommen werden. Auch etwaige andere Beschwerden über hohe Strafen und dergleichen sollen der Verwaltung vorgetragen werden, um sie auf ordnungsmäßigem Wege ohne Streik zum Austrag zu bringen.

Weiter haben die vier Bergarbeiterverbände an die Reichsbekleidungsstelle eine Beschwerde über die völlig ungenügende Versorgung der Bergarbeiter mit Schuhen, Kleidungsstücken und Wäsche gerichtet. In Holzschuhen könnten die Bergarbeiter unmöglich arbeiten. Soweit überhaupt noch Schuhwerk und Wäsche vorhanden sei, würden wahre Phantasiepreise dafür verlangt.

In einer weiteren Eingabe an das Reichswirtschaftsamt wird ersucht, für Feierschichten, die durch Wagen-, Kohlen- und Karbidmangel entstehen, den Bergarbeitern eine entsprechende Vergütung zu gewähren.

*

Wucher mit Gemüsesamen.

Jetzt wird das Saatgut für Gemüse, Kohl und Hülsenfrüchte verkauft. Wenn die Behörden Preise und Verteilung wirklich regeln, dann müßten sie auf die Preise für Sämereien einwirken und den Anbau mitbestimmen und kontrollieren. Die Produktion in dieser Weise zu regeln, hält man aber für „gefährlich", wartet lieber, bis die Früchte gewachsen sind und nichts mehr zu tun ist, als eben „entsprechend den hohen Produktionskosten" auch hohe Handelspreise festzusetzen. Welche Aussichten für die Ernte 1918 nach den Preisen für Samen bestehen, das zeigt folgende Aufstellung. Sie zeigt die Steigerung der Preise vom Friedensstand bis zur märchenhaften Höhe von 1918. Die Ziffern sind Preislisten von großen Samenhandlungen entnommen:

	Friedenspreis	1916	1918
Weißkraut	Kilo 6 Mark 20 g 65 Pf.	Kilo 7.20 Mark 20 g 30 Pf.	Kilo 150 Mark 20 g 4 Mark
Rotkraut	Kilo 11 Mark 20 g 40 Pf.	Kilo 18 Mark 20 g 50 Pf.	Kilo 240 Mark 20 g 6 Mark
Blumenkohl	20 g 7 Mark	20 g 7 Mark	20 g 20 Mark
Grünkohl	Kilo 5 Mark 20 g 25 Pf.	Kilo 7.60 Mark 20 g 30 Pf.	Kilo 54 Mark 20 g 1.40 Mark
Kohlrabi	20 g 30 Pf.	20 g 50 Pf.	20 g 3 Mark
Möhren	Kilo 3.40 Mark 20 g 20 Pf.	Kilo 3.40 Mark 20 g 30 Pf.	Kilo 68 Mark 20 g 1.80 Mark
Erbsen	Kilo 70 Pf.	Kilo 2.50 Mark	Kilo 4 Mark
Karotten	Kilo 4.40 Mark 20 g 20 Pf.	Kilo 18 Mark 20 g 60 Pf.	Kilo 92 Mark 20 g 2.60 Mark
Bohnen	Kilo 2 Mark	Kilo 3.20 Mark	Kilo 8.40 Mark
Zwiebeln	Kilo 6 Mark 20 g 25 Pf.	Kilo 16 Mark 20 g 50 Pf.	Kilo 94 Mark 20 g 2.80 Mark
Porree	20 g 20 Pf.	20 g 50 Pf.	20 g 2.40 Mark
Kopfsalat	20 g 35 Pf.	20 g 60 Pf.	20 g 1.40 Mark

Von 6 Mark auf 150 Mark und von 11 Mark auf 240 Mark, das sind Steigerungen, die glänzend beweisen, wie der Handel wirtschaftet, wenn ihm in der Notzeit keine Grenzen gezogen werden. Es ist eine Frage, ob man auch an verantwortlichen Stellen eine Ahnung vom Beginn des neuen Elends mit Gemüse und Hülsenfrüchten hat und ob man auch endlich begreift, daß es angesichts der wilden Preistreibereien mit Produktionsmitteln in der Nahrungsmittel-Industrie eine Kinderei ist, mit Preisbestimmungen und Verteilungsrezepten dann anzufangen, wenn die Ernte naht. Es muß viel früher angefangen werden. Daß sich durch Höchstpreisfestsetzung etwas bessern läßt, beweist der Preis für Zuckerrübensamen, dieser ist von 1 Mark (Friedenspreis) auf 1.40 Mark pro Kilo gestiegen. Also eine erträgliche Steigerung. Hier hat man sich darum gekümmert; vielleicht hält man die Zuckerrübenbauern für besonders schutzbedürftig. Ein bißchen kann man schon, wenn der Wille vorhanden ist.

Merseburg. Das städtische Lebensmittelamt bietet folgende Waren zum Verkauf an: Gänseleberpastete, Brotaufstrich, leberwurstartig, Liebig Fleischextrakt, Fleischextrakt „Viandal", Fleischextrakt „Adam", Krabbenextrakt, Muschelextrakt, Bouillonwürfel, Flüssige Suppenwürze, Gemüsesuppen in Rollen, Knochenbrühextrakt, Maggi Bratensauce in Würfeln, Dr. Soehlets Liebigssuppe, Löflund's Malz Suppenextrakt, Gesalzenen Schellfisch, Gemüsesuppen „Agnes", Backpulver, Nährhefe, Schaumspeise „Rico", Bucheckernmehl, Mostrich, Pfefferersatz, Lorbeerblätter, Deutscher Tee, Kaffee-Ersatz „Macafena", Kaffee-Ersatz „Kaffena", Salinensalz, Cremstärke, K. A. Seife, Händereinigungsmittel, Tonerdeseife, Lanolyn-Schmierseife, K. A. Seifenpulver, Sicherheitszündhölzer. Dieses Angebot gilt jedenfalls nur für Wiederverkäufer. Wäre es aber nicht besser, die Stadt machte diese Waren den Verbrauchern direkt zugängig und nähme das in eigene Regie? Jedenfalls wäre dann erst eine Garantie dafür gegeben, daß auch jeder Einwohner einmal etwas erhielte und es zu annehmbarem Preis bekäme.

Weißenfels. Lebensmittelverteilung im Stadtkreise. Von Mittwoch, den 6. bis Mittwoch, den 13. Februar kommen nach der Kundenliste zur Verteilung: 100 Gramm Graupen auf Lebensmittelmarke 104 (1 Pfund 36 Pf.), ½ Pfund Zuckerhonig auf Lebensmittelmarke 105 (1 Pfund 75 Pf.).

— Veränderte Brotmarkenausgabe. Die Brotmarken für die Haushaltungen der Großen Burgstraße, Waltherstraße und Hirsemannstraße werden nicht mehr im Stadthause ausgegeben, sondern für Große Burgstraße in der Bergschule IX (Mädchenhaus), für Waltherstraße und Hirsemannstraße im Asyl, jedesmal von 4 bis ½6 Uhr nachmittags.

Zeitz. Tot aufgefunden. In der Gleinaer Flur wurde der geistig etwas beschränkte Emil Müller aus Mumsdorf tot aufgefunden. Sein Gesicht wies Blutspuren auf. Ob ein Verbrechen vorliegt oder sonstige Todesursache vorhanden ist, muß die Untersuchung ergeben.

— Unmögliche Versammlungen. In Döbra, Kunitzal, Wildschütz und Zembschen sollten diese Woche öffentliche Frauenversammlungen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands stattfinden, mit Frau Schilling (Döbeln) über „Die Frauen im Kampf ums Dasein". Trotzdem die Grundzüge der Rede der Behörde eingereicht wurden, verlangten die Amtsvorsteher das vollständige Manuskript. Da dieses nicht geschah, müssen die Versammlungen ausfallen. So ist auch hier der Kampf der Frauen ums Dasein in eitel Wonne und Seligkeit umgewandelt worden.

Zeitz. Als gestohlen ist angezeigt worden: 3 leinene Frauen-, ein weißes Frauennacht- und ein weißes Frauenbarchenthemd, 2 Paar weiße Frauenbeinkleider, 2 weiße Handtücher, 1 bunter Bett- und Kissenüberzug, ferner 2 Barchentbettücher, ein weißer und ein bunter Frauenunterrock, ein dunkler Frauenoberrock, 4 Kinderhemden, mehrere blaue und bunte Kinder- und 2 bunte und eine hellgelbe Mädchenschürze, 4 rote Mädchenblusen, eine weiße Küchengardine, mehrere blau- und weißgestreifte Wirtschafts- und Frauenschürzen, sowie 1 Schock Wäscheklammern.

Bitterfeld. Wieder aufgegriffen. Vor einigen Tagen entwich von seiner Arbeitsstelle in Wolfen der Strafgefangene Franz Müller aus Frankfurt a. M. gebürtig. Am Abend desselben Tages wurde der Polizei mitgeteilt, daß sich in den Pferdestall eines hiesigen Gasthofes ein Fremder eingeschlichen habe, der Gefangenenkleidung trug. Bei seiner Festnahme wurde festgestellt, daß der vorgenannte Strafgefangene in Betracht kam. Er wurde seiner Kommandostelle wieder zugeführt. — In Haft genommen wurden weiterhin die russisch-polnischen Arbeiter Tasasez und Saßon, die von ihren bisherigen Arbeitsstätten in Othal und Julmdorf entwichen waren. Sie wurden wieder dorthin zurückgeführt.

Delitzsch. Von der Delitzscher Schokoladenfabrik Akt.-Ges. vorm. Böhme. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 15 Prozent (wie im Vorjahre) fest. Die Direktion teilt mit, daß der gegenwärtige Geschäftsgang den Verhältnissen entsprechend befriedige, die Aussichten seien indessen unklar und hängen von den Regierungsmaßnahmen ab. Dem Geschäftsbericht zufolge erzielte das Unternehmen in 1917 einschließlich Vortrag einen Bruttogewinn von 849 717 (950 145) M. Nach Abzug der Generalunkosten in Höhe von 454 780 (507 033) M. und Abschreibungen von 91 949 (116 464) M. verbleibt ein Reingewinn von 322 987 (326 648) M.

Wittenberg. Sprengstoffarbeiterinnen vor der Strafkammer. Die schon wegen verschiedener Diebstähle erheblich vorbestrafte Arbeiterin Milda Schmieder ist geständig, ihrer Mitarbeiterin eine blaue Strickjacke im Werte von 50 M. gestohlen zu haben. Für diesen Diebstahl wird die Angeklagte mit neun Monaten Gefängnis bestraft. Ferner werden ihr die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren abgesprochen. — Aus der Untersuchungshaft vorgeführt, hat sich die schon wegen Verübung verschiedener Diebstähle recht erheblich vorbestrafte Arbeiterin Margaretha Schummer auf die Anklage einer Reihe weiterer Diebstähle zu verantworten, die sie auf den Sprengstoffwerken verübte. Dort stahl sie ihren Mitarbeiterinnen aus den Schränken 25 M. Geld, eine gestrickte Jacke und eine Handtasche im Gesamtwerte von etwa 40 M. Für diese Diebstähle wird die Beschuldigte mit 2 Jahren Gefängnis bestraft, auch werden ihr die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren aberkannt. — Am 7. Februar vorigen Jahres wurde einer Arbeiterin ein Schrank erbrochen und daraus das Portemonnaie mit 32 M. gestohlen. Als Diebin wurde die Arbeiterin Berta Barthel ermittelt, welche mit 1 Monat Gefängnis bestraft wird. — Aus der Untersuchungshaft vorgeführt, hat sich die in den Reichswerken beschäftigte Arbeiterin Emma Schildhauer auf die Anklage des Diebstahls unter erschwerenden Umständen in mehreren Fällen sowie des Mundraubes zu verantworten. Die Beklagte hat ihren Schlafstellenmitinhaberinnen Kleidungsstücke und Geld im Betrage von etwa 100 M., sowie einer andern Brot und Zucker gestohlen, indem sie die verschlossen gewesenen Schränke mit einem falschen Schlüssel öffnete und sich die Sachen aneignete. Weiter wird ihr noch vorgeworfen, den Reichswerken 5 Handtücher gestohlen zu haben. Für diese Diebstähle wird die bisher noch Unbescholtene mit 7 Monaten Gefängnis und 1 Woche Haft bestraft. — Der aus der Untersuchungshaft vorgeführte Arbeiter Anton Weiß ist geständig, auf den Sprengstoffwerken eine Baubude erbrochen und daraus ein Paar Stiefel im Werte von 40 Mark gestohlen zu haben. Er wird mit 2 Monaten Gefängnis bestraft.

Kleines Feuilleton.

Mein Freund, der Kriegsgewinnler.

Eine tragische Geschichte, von Paulchen.

Wer hätte gedacht, daß es einmal so kommen würde! sagen die Leute und meinen damit, daß es ihnen schlecht geht. Diese gewiß berechtigte Meinung aber macht sie unduldsam und sie schimpfen, auf den Krieg, auf die Engländer, auf die Regierung, auf die Kriegsgewinnler und was weiß ich; meist auf alles miteinander. Nun habe ich ja weder zu dem Kriege, noch zu den Engländern, geschweige denn zu der Regierung irgendwelche Beziehungen, kraft deren ich das Urteil der Leser einer entscheidenden Prüfung unterziehen könnte. Aber ich habe einen Freund, der war Kriegsgewinnler; von seinem und der Seinen schwerem Leiden und traurigem Schicksal will ich erzählen, um zu zeigen, daß gerade da, wo man's denkt, die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Wer Fürchtegott Meier so gekannt hat wie ich, kennt auch den Schlüssel seines Lebens: Meier war schon auf der Schulbank grenzenlos gutmütig und dumm — und ist es geblieben. Seine Gutmütigkeit äußerte sich dadurch, daß er geldverlegenen Mitschülern mit kleinen Beträgen aushalf, bei deren Verzinsung er 100 Prozent prinzipiell nicht überschritt; seine Dummheit ließ ihn in keinem der vielen Lehrfächer im Stich, selbst nicht im Rechnen, soweit er diese Kunst nur theoretisch betreiben sollte.

Meier wurde Schlächter. Nachdem er jahrelang bei den berufensten Meistern seines Faches den Vertrauensposten innegehabt hatte, des Schweines verschiedenste Teile durch den Wolf zu treiben, heiratete er die ehrsame Fleischermeisterstochter Melusine Stulpnagel nebst Laden und Zubehör. Sie gebar ihm einen Sohn und eine Tochter — und auch sonst blühte das Geschäft. Jahre vergingen. Zu der Zeit, da die bartlosen Gymnasiasten um die Abendstunden vor des Töchterleins Fenster zu pfeifen begannen, Meier jun. sich auf der Schule als legitimer Erbe des väterlichen Begriffsvermögens erwies und Frau Melusine ihr zweites Kinn ansetzte, ballte sich über Europa jenes Ereignis zusammen, das neben so manchen Völkern auch der Familie Meier zum Verhängnis werden sollte.

Meier wurde Heereslieferant. Er, der schon früher mit Pferdekräften gearbeitet hatte, mußte sich einen stärkeren Motor zulegen, sowie eine Büchsenschließmaschine. Schon nach mehreren Wochen mußte er seine Kassette, die dem Geldeinlauf nicht gewachsen war, dem Sohne Fritz zur Aufbewahrung des Taschengeldes überlassen. Er selbst eröffnete ein Bankkonto und stellte den Ladenverkauf sowie ein Schreibmaschinenfräulein ein. Frau Melusine legte sich ein drittes Kinn, eine Manicure und eine Friseuse zu. Fritz ahmte seinem Vater nach, indem auch er sein Glück auf Pferdekräfte setzte, z. B. in Karlshorst, Baden-Baden und Homburg. Vater Meiers Stirn wurde immer umwölkter, er war mit Aufträgen überhäuft. Der Motor kurbelte wie toll, das Bankkonto schwoll beängstigend an — es schien, als ob die ganze Welt sich nur darauf einstellen wollte, von Meier beliefert zu werden. Wenn er abends im General-Anzeiger las, daß die Engländer es darauf abgesehen hatten, das deutsche Volk auszuhungern, fühlte er das Herz von der Größe seiner Aufgabe schwellen, die Hochachtung vor sich selbst stieg ins Ungemessene. Er begnügte sich nicht mehr damit, die erdenklichsten Dinge in die gefräßigen Mäuler seiner Maschinen zu stopfen und auf pompös etikettierte Büchsen und Flaschen zu ziehen. Er annd verkaufte alles. Salatöl-Ersatz, Gummiabsätze, Fiskeboller und Saucenwürfel, Milchpulver und Bimssteinseife — kurz alles, was sich kolli- oder loriweise in der Welt herumtrieb. Den Abrechnungszahlen seiner Bank stand er ehrfurchtsvoll als unfaßbaren Größen gegenüber. Was half es, daß er ein ganzes Rittergut samt Ahnensaal und Erbbegräbnis erwarb, sein Sohn einen Rennstall und eine Ballettschule aushielt, ja, daß seine Tochter einen Baron mit echter Arterienverkalkung nach Hause brachte. Frau Melusine nannte man ohnehin schon überall nur die „Goldankaufsstelle".

Was soll ich des weiteren erzählen? Es hat alles seine Grenze. Der Krug geht solange zu Wasser, bis er bricht. Was zuviel ist, ist zuviel. Frau Melusinas wohlbeleibte sterbliche Hülle überanstrengte sich an der Aufgabe, ein viertes Kinn anzusetzen und gab den Geist auf. Fürchtegott Meier erhielt eines Tages von der Steuerbehörde den Auftrag, zwecks Einschätzung die genaue Höhe seines Vermögens und seiner Einkünfte anzugeben. Er schloß sich in sein Kontor ein, um dieses nach drei Tagen komplett verrückt zu verlassen. Jetzt grübelt er in einem Irrenhause über die Idee nach, den Mond auf chemisch-kaltem Wege zu Treibriemenleder zu verarbeiten.... Sein Sohn Fritz hat unter Beihilfe seines arterienverkalten Schwagers den Kampf gegen das unheimliche Bankkonto in Sektlokalen, Kabaretts sowie auf sämtlichen Rennplätzen aufgenommen. Seine Schwester heißt nur noch „der Juwelierladen", sie hat einen Hund, der nur Gothaer Hartwurst frißt (keine Braunschweiger!) das Pfund zu 35 M. Einkaufspreis.

Doch was hilft das alles? Wie wenn nun die Arterienverkalkung ernster wird? Der Hund keine Gothaer mehr frißt? Bei der jungen Baronin macht sich ohnedies schon der erbliche Doppelkinnansatz bemerkbar!

Der Leser meint, daß Fritz nicht mehr liefern sollte. Er vergißt, daß Fritz a) gutmütig, b) patriotisch ist. Vergißt, daß der Bestand eines ganzen Volkes von Fritzens Lieferungen abhängt, daß über seinem Schreibtisch die goldenen Worte hängen: Gott strafe England!

Du meinst, lieber Leser, er sollte sich an den Staat wenden? Nein, mein Lieber, der Staat tut da nichts! Warum? Ja das ist höhere Nationalökonomie, die unser beschränkter Untertanenverstand nicht ganz begreifen kann....

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180206-13/fragment/page=0006